

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

MENSCHENHANDEL INTERVIEW MIT DER EU-SONDERBEAUFTRAGTEN FÜR ZENTRALASIEN

■ ANALYSE	
»Lebende Ware« – Menschenhandel und Zwangsarbeit in Zentralasien und Russland Von Brigitte Heuer, Berlin	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zum weltweiten Menschenhandel	7
■ DOKUMENTATION	
EU will Partnerschaft mit Zentralasien weiter vertiefen Interview mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Patricia Flor	19
■ CHRONIK	
Vom 15. Dezember 2012 bis 18. Januar 2013	25



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen
werden unterstützt von:

VDW

Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

&

giz

Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

»Lebende Ware« – Menschenhandel und Zwangsarbeit in Zentralasien und Russland

Von Brigitte Heuer, Berlin

Zusammenfassung

Menschenhandel und Zwangsarbeit sind uralte Phänomene, die sich heutzutage auch in Zentralasien und Russland angesichts schwieriger ökonomischer Bedingungen wieder stark ausbreiten. Betroffen von der »hässlichen Seite der Arbeitsmigration« sind vor allem Männer, deren Suche nach einem Erwerbseinkommen in Russland und Kasachstan oft in Zwangsarbeitsverhältnissen endet, aber auch Frauen werden sexuell ausgebeutet und versklavt, Kinder zur Bettel- oder Feldarbeit gezwungen. Das Bewusstsein für das hochkomplexe, facettenreiche Problem ist in den letzten zehn Jahren gewachsen und ein Instrumentarium zur Bekämpfung des Menschenhandels geschaffen worden, doch sind nach Ansicht der OSZE »die Reaktionen dem Ausmaß des Phänomens noch nicht angemessen«.

Das Phänomen der »modernen Sklaverei«

Sklaverei und Menschenhandel in ihren verschiedenen Formen hat es in der Menschheitsgeschichte seit vorhistorischen Zeiten gegeben. Erst durch die 1948 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde die Sklaverei endgültig weltweit verboten. Dennoch ist dieses Verbrechen bekanntermaßen nicht verschwunden, es wird sogar von einem Anwachsen in den letzten Jahrzehnten gesprochen und eine zunehmende Verflechtung mit anderen kriminellen Aktivitäten wie Drogen- und Waffenhandel und Geldwäsche wahrgenommen. Diese Entwicklung veranlasste die internationale Staatengemeinschaft im Jahre 2000, mit zwei Zusatzprotokollen (sog. »Palermo-Protokolle«) zum »Übereinkommen der UN gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität« neue Instrumente der Verbrechensbekämpfung zu schaffen. Das Dokument gegen Menschenhandel gründet seine umfassende Definition auf drei das Verbrechen konstituierende Elemente: Handlung (Anwerbung), Mittel (Gewalt, Täuschung) und Zweck und Ziel (Ausbeutung). Unter Ausbeutung werden Prostitution und andere Formen sexueller Ausbeutung verstanden, Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit, Sklaverei und sklavereiähnliche Verhältnisse, Leibeigenschaft und Entnahme von Organen. Weiter werden heute dazu gezählt die Ausbeutung von Kindern zum Betteln oder als Kindersoldaten, Zwangsadoptionen, Entführungen von Frauen und Zwangsheiraten, aber auch von staatlicher Seite erzwungene Ausbeutung in ihren verschiedenen Formen und andere verbrecherische Praktiken.

Über die Zahl der Frauen, Männer und Kinder, die Menschenhändlern in die Hände fallen und sich in ausbeuterischen Verhältnissen befinden, kann es aufgrund der kriminellen Natur des Phänomens nur höchst ungenaue Schätzungen geben. Mit den Worten eines Experten: »Ein präzises Bild des Problems des Menschenhandels

entzieht sich uns auch weiterhin Es gibt eine riesige Diskrepanz zwischen Schätzungen und der tatsächlichen Zahl der Opfer von Menschenhandel, die als solche identifiziert werden. [Aber] ... hinter jeder Zahl verbirgt sich ein Opfer mit einer tragischen persönlichen Geschichte.« Die Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gehen weltweit für 2012 von fast 21 Mio. Personen in Zwangsarbeitsverhältnissen aus (der Terminus entspricht in etwa der weiten Definition von Menschenhandel, jedoch ohne Organhandel und Zwangsheiraten).

Dabei ist Menschenhandel keinesfalls nur Frauenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung, wie oft im allgemeinen Sprachgebrauch, aber auch gelegentlich noch in wissenschaftlichen Publikationen und in früheren politischen Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels synonym benutzt – nach Angaben der ILO rangiert der Zweck der sexuellen Ausbeutung weit hinter den verschiedenen Arten von Zwangsarbeit. Auch ist Menschenhandel nicht identisch mit Menschenenschmuggel (s. zweites »Palermo-Protokoll«). Schmuggel von Menschen impliziert das illegale Überqueren einer Grenze, mit dem eigentlich der Schleusungsprozess beendet ist, und tangiert die Souveränität eines Staates. Menschenhandel dagegen spielt sich nicht selten auch innerhalb von Staaten ab, selbst ein Ortswechsel ist nicht zwingend, aber er zielt immer auf Ausbeutung und stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar.

Es liegt allerdings nahe, dass in konkreten Situationen die Übergänge fließend sein können. Beim Menschenenschmuggel handelt es sich zunächst um einen einvernehmlichen Akt, doch macht die prekäre Lage von geschleusten MigrantInnen sie vor, während oder nach dem Schmuggel für Menschenhandel verwundbar – die Rede ist auch vom »Migration-Schmuggel-Menschenhandel-Nexus«. Das Anwachsen der internationalen Wanderungsbewegungen in einer globalisierten Welt wird als eine der Ursachen der Zunahme des Men-

schenhandels aufgefasst – Entwicklungen, die wiederum (Grenz-)Sicherheitsdebatten und verschärfte Abschottung von Nationalstaaten bzw. der »Festung Europa« nach sich ziehen. Der Fluss von Kapital- und Warenströmen und Dienstleistungen wird zunehmend liberalisiert – Migration aber bisher häufig vor allem unter einem Sicherheitsaspekt gesehen.

Menschenhandel und Zwangsarbeit in Zentralasien und der Russischen Föderation

Durch den Staat angeordnete Verschleppung von Menschen und Zwangsarbeit hat die Geschichte der Sowjetunion begleitet, und Prostitution, obwohl als abweichendes Verhalten geächtet, kam vor. Doch privat betriebene Ausbeutung von Menschen und »Unternehmertum« im Bereich Menschenhandel konnten in großem Maßstab erst nach dem Zusammenbruch der Union und im Gefolge der gravierenden und anhaltenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Transformationsprobleme der Nachfolgestaaten aufkommen. Frauen waren häufig als erste von ökonomischer und sozialer Statusverschlechterung und Perspektivlosigkeit betroffen, suchten nach temporären oder dauerhaften Existenzmöglichkeiten im Ausland und gerieten in sexuelle Ausbeutung und Versklavung. Seit Mitte der 90er Jahre entfaltete sich das ganz neue Phänomen der Arbeitsmigration einheimischer Ethnien aus Zentralasien in die Russische Föderation, das in engem Zusammenhang mit der Zunahme von Zwangsarbeit im eurasischen Großraum steht.

Betrachtet man zunächst das Ausmaß von sexueller Ausbeutung und Zwangsarbeit, so ist auffällig, dass nach Einschätzung der ILO im weltweiten Vergleich der Prozentsatz von Betroffenen pro 1.000 Einwohnern im GUS-Raum und den Nicht-EU-Staaten Mittel- und Südeuropas am höchsten ist. In absoluten Zahlen gibt die ILO für die erwähnte Großregion 1,5 Mio. Opfer von Menschenhandel und Zwangsarbeit an (2012). Nach Extrapolationen von Opferzahlen aus anderer Quelle könnten 0,9–1,5 Mio. Menschen aus Zentralasien innerhalb der Region oder im Ausland von Menschenhandel betroffen sein (2010). Charakteristisch für die Situation in Zentralasien und den Hauptzielländern Russland und Kasachstan ist, dass der Anteil von Männern, die sich in einer Ausbeutungssituation befinden, mit geschätzten knapp 70 % weit über dem von Frauen liegt. Es sind vor allem junge Männer, die angesichts des gravierenden Mangels an Erwerbsmöglichkeiten in ihren Heimatländern auf der Suche nach temporärer legaler oder nichtlegaler Beschäftigung in Zwangsarbeitssituationen geraten.

Kasachstan ist schwerpunktmäßig ein Zielland: Opfer von Menschenhandel v. a. aus den vier südlichen Republiken arbeiten in der Tabakproduktion und

anderen Zweigen der Landwirtschaft oder werden im Haushalt ausgebeutet. In geringerem Maße werden Frauen aus Kasachstan im Mittleren Osten, in der Russischen Föderation und anderen Ländern zur Prostitution gezwungen. Interner Menschenhandel aus dem ländlichen Raum in die großen Städte zum Zwecke sexueller Ausbeutung und Zwangsarbeit ist ebenfalls nicht selten. Kasachstan ist außerdem Transitland. Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan, aber auch Turkmenistan, sind vor allem Herkunftsländer. Frauen und Mädchen werden nach Kasachstan, Russland, den Mittleren Osten, in den Kaukasus und in viele andere Staaten gelockt oder verschleppt und dort zu sexuellen Handlungen gezwungen. Männer werden v. a. nach Russland und Kasachstan in die Zwangsarbeit gehandelt oder finden sich nach Arbeitsaufnahme dort in sklavereiartigen Verhältnissen wieder. Auch innerhalb der zentralasiatischen Republiken sind sexuelle Ausbeutung von Frauen und Minderjährigen, Zwangsarbeit, erzwungene Bettelei von Kindern u. a. Formen vielfach dokumentiert. Zur Zeit der Baumwollernte werden in Usbekistan, und, mit abnehmendem Trend in Tadschikistan, Schulkinder, Studierende und Erwachsene von staatlicher Seite zwangsweise zur Feldarbeit rekrutiert. In Kirgistan haben die Ereignisse von 2010 und die instabile wirtschaftliche und politische Situation insbesondere im Süden die Bereitschaft zur Arbeitsmigration, aber auch das Risiko des Menschenhandels ansteigen lassen. Ein neuer Trend in Republiken mit hohem Anteil an Arbeitsmigranten ist die zunehmende Migrationsbereitschaft von zurückgebliebenen oder verlassenen Frauen.

Menschenhändler und Gehandelte

Die Methoden, mit denen die »RekrutiererInnen« potentielle Opfer sexueller Ausbeutung werben, ähneln sich überall: Jungen Frauen (aber auch jungen Männern) werden gut bezahlte Jobs in Verkauf, Haushalt oder auch in Bars in einer anderen Stadt oder im Ausland angeboten; gegebenenfalls werden Flugtickets und Visa oder auch falsche Papiere organisiert und Grenzbeamte bestochen. Nicht selten sind die Anwerber Bekannte oder Verwandte, oft auch Frauen, die vormals selbst in die Zwangsprostitution geraten waren und sich durch Stellung »frischer Ware« frei kaufen können. Nach Übergabe an die Abnehmer am Zielort werden die Papiere einbehalten, die Frauen isoliert und mit Drohungen und brutaler Gewalt gefügig gemacht, angebliche Schulden abzuarbeiten. Frauen und Mädchen werden eher einzeln oder in Kleingruppen transportiert. Typisch für die osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten soll der relativ hohe Frauenanteil in diesem kriminellen Gewerbe sein.

Junge, behütete Frauen aus dörflichen Verhältnissen haben meist unzureichende Informationen über die fer-

neere Außenwelt und vermuten nicht, dass die vorgeblich lukrative Arbeit im In- oder Ausland in irgendeiner Weise sexuelle Dienstleistungen einschließen könnte. Im (haupt-)städtischen Raum mit breiterem Zugang zu Informationen kommt es eher vor, dass Frauen einkalkulieren, zum Beispiel als Tänzerinnen oder Anmiedern zu arbeiten, oder sich aus einer Notsituation heraus entschließen, zeitweise als Prostituierte zu arbeiten. Doch ist der Entschluss, mit sexuellen Dienstleistungen Geld zu verdienen, keinesfalls gleichbedeutend mit der Zustimmung zu Verschleppung, Entzug des Selbstbestimmungsrechtes und schwerster Beschädigung von Körper und Seele, also den extremen Menschenrechtsverletzungen, die an MigrantInnen begangen werden – die Frauen ahnen nicht, dass ihnen ein solcher »Arbeitskontrakt« diktiert wird, aus dem sie sich nur schwer befreien können. Strafverfolgungsbehörden und Öffentlichkeit vertreten jedoch nicht selten die Meinung, dass sich die Betroffenen die prekären Folgen, ja ihr Martyrium, selbst zuschreiben haben, und umgekehrt wird bei Frauen, die auf Arbeitssuche ins Ausland gehen, häufig die Absicht sich zu prostituieren vermutet. In Usbekistan werden sie daher seit kurzem unter Kuratel gestellt: Männliche Verwandte müssen dafür bürgen, dass Arbeitsmigrantinnen im Ausland nicht im Bereich des kommerziellen Sex tätig werden.

Junge Männer, deren ahnungslose Eltern für die Vermittlungsdienste, die am Ende in Zwangsarbeit in Russland oder Kasachstan enden, eine für ihre Verhältnisse hohe Summe zahlen (manchmal an lokale Autoritätspersonen als Anwerber), werden eher in großen Gruppen transferiert. Die wirtschaftliche Krise seit 2008 hat in den Herkunftsländern Not und Verzweiflung verstärkt, und in der Russischen Föderation haben erneute Verschärfungen der Regulierungen für ausländische Arbeitskräfte die Risiken auch für jene ArbeitsmigrantInnen erhöht, die nicht schon im Herkunftsland kriminellen Gruppen in die Hände fallen. Das Kontinuum zwischen »legaler«/einvernehmlicher Ausbeutung und zwangsarbeits- und sklavereiähnlichen Ausbeutungsverhältnissen ist fließend. Die Situation auf dem russischen Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitssuchende kann modellhaft als eine Marktconstellation beschrieben werden, in der es zahlreiche Anbieter von Arbeitskraft gibt, aber im Verhältnis wenige Käufer (Nachfrager). Letztere können die Regeln bestimmen, so dass auch MigrantInnen mit gültigen Dokumenten bereit sind, eine Beschäftigung nur mit mündlichem Vertrag und ohne ausreichende Kündigungsfrist anzunehmen, unbezahlte Überstunden zu machen, gefährliche Arbeiten ungeschützt auszuführen, Gewalttätigkeiten zu ertragen etc. Je nach Höhe der jeweils von der russischen Regierung festgesetzten Quoten und ande-

rer Hürden befinden sich mehr oder weniger »GastarbeiterInnen« in irregulären Aufenthalts- und Arbeitsverhältnissen, die brutaler Ausbeutung und weiteren Menschenrechtsverletzungen Vorschub leisten. Dennoch verlassen jedes Jahr erneut Hunderttausende ihre zentralasiatischen Heimatländer in Richtung Russland.

Von den Frauen und Männern, die Objekte von Menschenhandel und Zwangsarbeit sind, wird nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz als »Opfer« identifiziert bzw. wendet sich an offizielle Stellen. Daher lässt sich von den entdeckten Verbrechenopfern nicht unbedingt auf die soziodemographischen Merkmale von Risikogruppen schließen. Bisher tauchen hauptsächlich Frauen in den Statistiken auf, da der Fokus offenbar immer noch stärker auf Zwangsprostitution als auf Zwangsarbeit liegt. Viele Betroffene haben Angst vor Polizeiwillkür, Deportationen und Racheakten der Menschenhändler, aber auch vor der Ächtung, die ihnen in ihren traditionell geprägten Herkunftsgemeinschaften widerfahren würde, wenn ihre Verwicklung publik würde. Zur primären Traumatisierung durch psychische und physische Gewalt, der damit verbundenen Scham und der Enttäuschung von Aspirationen auf ein besseres Leben kommt die sekundäre Viktimisierung durch Strafverfolgungsbehörden und öffentliche Meinung, aber auch durch wohlmeinende Opferschutzorganisationen – »Opfer« zu sein, bedeutet passiv zu sein und nicht über Handlungsfähigkeit (*agency*) zu verfügen. Manche NGOs und ForscherInnen ziehen daher den Terminus »Betroffene von Menschenhandel« vor.

In welchem Ausmaß große (transnationale) kriminelle Organisationen in die diversen Arten des Handels mit Menschen in Zentralasien involviert sind, lässt sich der Natur der Sache nach schwer beweisen, oft scheint es sich um kleinere Netzwerke zu handeln. Es ist wichtig, die Organisationsstrukturen der Menschenhändler und ihre Operationsmodi genau zu analysieren, um korrekte und wirksame Gegenstrategien entwickeln zu können. Die Rolle der Diaspora ist ebenfalls noch kaum untersucht, doch sind Fälle bekannt, in denen die eigenen Landsleute Neuankömmlinge täuschen und in die Prostitution oder andere Ausbeutungsverhältnisse zwingen.

Bekämpfung des Handels mit Menschen und der Zwangsarbeit

Beim Kampf gegen den Menschenhandel (*counter-trafficking*) werden verschiedene Ansätze kombiniert. Erstens werden »Nachfrage« und »Angebot« ins Blickfeld gerückt. Hinsichtlich der sexuellen Ausbeutung wird international kontrovers diskutiert, ob ein Verbot der Prostitution oder jedenfalls der Nutzung der Dienste von Prostituierten oder eher eine Strategie der Liberalisierung den Frauenhandel zurückdrängen könnte. Im

Bereich der Nachfrage nach Zwangsarbeit sollen stärkere Arbeitsplatzkontrollen auf Baustellen, in Fabriken sowie in der Schattenwirtschaft und schärfere Sanktionen im Falle der Beschäftigung von ArbeiterInnen ohne Papiere die Nutzung von Zwangsarbeit unprofitabler und den Menschenhandel weniger lukrativ machen. Auch an die soziale Verantwortung und Selbstregulierungskräfte von Unternehmen und Interessengruppen wird appelliert. Solche Initiativen gibt es bereits im russischen Bau- und Industriesektor. Weltweit nehmen Kampagnen für »Fairen Handel« auch Zwangsarbeit ins Visier (z. B. die »Better Cotton Initiative«). Eine Verringerung des »Angebots« soll beispielsweise durch intensivierte Aufklärung über Methoden der AnwerberInnen und die Risiken ungeprüfter Arbeitsangebote, andere (offizielle) Kanäle der Jobsuche, vor allem aber durch Veränderung der Situation im Lande, die zur Jobsuche im Ausland zwingt, herbeigeführt werden, also durch wirtschaftliche Entwicklung.

Als wichtigstes Instrument gilt die »3P«-Strategie: »Vorbeugung« (*prevention*), »(Opfer-) Schutz« (*protection*) und »Strafverfolgung« (*punishment*), seit 2008 von den UN zur »4P«-Strategie erweitert, indem »Partnerschaft und Kooperation« zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft eingefordert wird. Doch insgesamt wird von Experten beklagt, dass gegen das Verbrechen des Menschenhandels bisher nur ungenügende Erfolge erzielt werden konnten bzw. dass die Maßnahmen eher reaktiv, weniger proaktiv sind. Der Kampf gestaltet sich wie ein Wettlauf zwischen Hase und Igel: Menschenhändler passen sich rasch an veränderte »Marktbedingungen« an, während staatliche Stellen und NGOs Mühe haben, neue Trends rasch zu erkennen und angemessen zu reagieren – nicht zuletzt auch wegen fehlender finanzieller und personeller Ausstattung.

Vorbeugung und Opferschutz wurden in Zentralasien zunächst von zivilgesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen. Während das Phänomen des Menschenhandels noch vor einem Jahrzehnt von Regierungsseite gerne verschwiegen wurde, wird es inzwischen öffentlich diskutiert, auch in Usbekistan und seit kurzem in Turkmenistan. Alle fünf Staaten sowie Russland haben das Palermo-Protokoll gegen Menschenhandel ratifiziert, spezielle Gesetze zu seiner Bekämpfung und/oder entsprechende Paragraphen in den Strafgesetzbüchern wurden geschaffen. In jedem zentralasiatischen Staat bestehen von staatlicher Seite oder von NGOs betriebene Schutzeinrichtungen (russ. »*schelter*«) für Opfer. Anfang 2011 wurde in Tadschikistan ein erstes Zufluchtshaus für Männer, die in die Zwangsarbeit gehandelt wurden, eröffnet. Weitere sind geplant, u. a. in Usbekistan. Verstärkt wird Aufklärung in den Medien betrieben, Telefon-Hotlines wurden eingerichtet; Ange-

hörige der Strafverfolgungsbehörden und des Grenzschutzes werden im Erkennen von Gefährdungssituationen und Straftatbeständen und im sensiblen Umgang mit von Menschenhandel Betroffenen geschult.

Es existieren zahlreiche Absichtserklärungen über Kooperation innerhalb Zentralasiens und im GUS-Rahmen und sogar ein »Counter Trafficking-Programm 2011–13« der GUS-Staaten; es wurden entsprechende Koordinationsorgane eingerichtet. Das Instrumentarium zur Bekämpfung ist nach Ansicht der Sonderbeauftragten der OSZE für den Kampf gegen Menschenhandel inzwischen durchaus theoretisch vorhanden, doch braucht es für seine wirksame Umsetzung noch großer Anstrengungen. Die Zahl der wegen Menschenhandel verurteilten Personen ist – allerdings nicht nur in Zentralasien oder Russland! – angesichts des Ausmaßes dieses Verbrechens gering. Sorge machen vor allem die weit verbreitete Korruption und die Verwicklung von Polizei, Passbehörden, Grenzschutz und anderen offiziellen Stellen. Eine usbekische Staatsbürgerin, die publik machen wollte, dass ihre Brüder durch Polizisten und Verwaltungsbeamte mit falschen Jobversprechungen in die Zwangsarbeit gehandelt wurden, ist ihrerseits 2012 in Usbekistan wegen Menschenhandel verurteilt worden.

Jährlich liefert der Menschenhandelsbericht des U.S. State Department eine weltweite Bestandsaufnahme und bewertet Staaten nach den Fortschritten, die sie auf dem Gebiet der Bekämpfung von Zwangsarbeit und des Handels mit der »Ware Mensch« erzielt haben. Menschenrechtsorganisationen stehen den Reports allerdings oft kritisch gegenüber, da die Rangzuweisungen auch politisch motiviert seien und Absichtserklärungen, nicht konkrete Resultate bewertet würden. Trotz der fortdauernden Zwangseinsätze bei der Baumwollernte wurde Usbekistan im Bericht 2012 nicht auf Rang 3 herabgestuft. Die Russische Föderation erhält schon seit Jahren schlechte Noten wegen ungenügender Fortschritte im Kampf gegen Menschenhandel, fehlender Institutionen und unzulänglichem Opferschutz.

Perspektiven

Die Nachfrage nach billiger Arbeitskraft wird in den Zielländern mit höherem Lebensstandard, Russland und Kasachstan, hoch bleiben; die übrigen zentralasiatischen Republiken bieten mit ihrer jungen, Arbeit suchenden Bevölkerung (fast 50 % sind unter 30 Jahre alt) einen entsprechenden Nachschub. Die russische Regierung hat sich bisher nicht zu einer konsistenten und stabilen Migrationspolitik entschließen können, welche die aufgrund der demographischen Krise notwendige Zuwanderung langfristig und menschenwürdig reguliert (indem die Quoten für ausländische Arbeitskräfte dauerhaft und dem tatsächlichen Bedarf angemessen erhöht

und nicht noch zusätzliche Hindernisse eingebaut werden). Experten sehen daher die Perspektiven nicht allzu optimistisch: Zentralasien wird auch weiterhin »fruchtbarer Boden« für Menschenhandel und Zwangsarbeit sein. Ein sehr umfassender Ansatz wäre nötig, das Verbrechen auf der Angebotsseite, in den Herkunftsländern, einzudämmen: Armutsbekämpfung durch Schaffung von Arbeitsplätzen; verstärkte, flächendeckende Aufklärung; Regulierung der Arbeitsmigration im Sinne »sicherer Migration« durch kohärente Migrationsstrategien und -programme (gesetzliche Regelungen, Abbau

von Ausreisehürden, zertifizierte Vermittlungsagenturen, Informationen über Arbeitsrechte, Verbesserung der Russischkenntnisse) einschließlich bilateraler (Schutz-) Abkommen; wirksame regionale und überregionale Koordination der Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere zur Blockierung der Transportwege, über welche »menschliche Ware« befördert wird. Vor allem sind aber auch politischer Wille zur Bekämpfung des Menschenhandels, Bereitstellung ausreichender Mittel und Kapazitäten, gute Regierungsführung und entschlossene Bekämpfung der Korruption nötig.

Über die Autorin:

Brigitte Heuer ist freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin.

Lesetipps:

- Günter Maihold, Der Mensch als Ware. Konzepte und Handlungsansätze zur Bekämpfung des globalen Menschenhandels. SWP Studie, September 2011, herunterzuladen von: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S24_ilm_ks.pdf
- Farangis Najibullah, Central Asian Women's Shattered 'Russian Dreams', Radio Free Europe/ Radio Liberty, 8.3.2012, = http://www.rferl.org/content/central_asia_women_shattered_russian_dreams/24509262.html
- Awareness Of Human Trafficking Is Increasing, But 'So Is The Problem'. Radio Free Europe/ Radio Liberty, 15.9.2012 = <http://www.rferl.org/content/interview-giammarinaro-osce-human-trafficking/24709444.html>
- U.S. Department of State: Trafficking in Persons Report, June 2012, herunterzuladen von: <http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/2012/index.htm>

Die drei konstituierenden Komponenten des Menschenhandels (Definition der Vereinten Nationen / »Palermo-Protokoll«)

1. Prozess / Handlung Was wird getan? - Anwerbung u. a. -	2. Art und Weise / Mittel Wie wird es getan? - Gewalt u. a. -	3. Ziel und Zweck Warum wird es getan? - Ausbeutung -
Anwerbung oder Beförderung oder Verbringung oder Beherbergung oder Aufnahme	Androhung von Gewalt oder Anwendung von Gewalt oder Andere Formen der Nötigung oder Entführung oder Betrug oder Täuschung oder Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere Person hat	Prostitution oder Andere Formen sexueller Ausbeutung oder Zwangsarbeit oder Zwangsdienstbarkeit oder Sklaverei oder sklavereiähnliche Praktiken oder Leibeigenschaft oder Entnahme von Organen

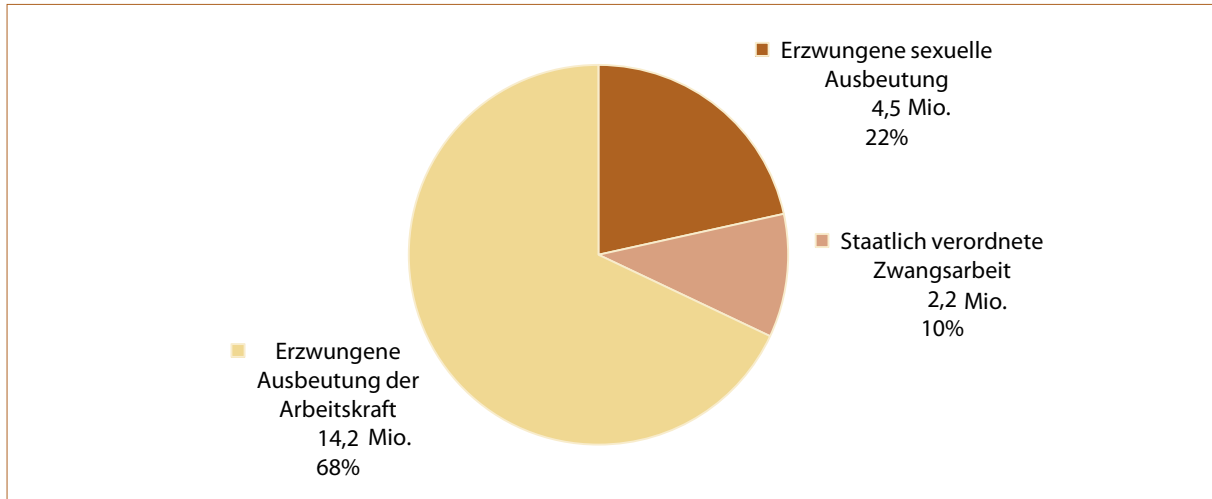
Die Einwilligung eines Opfers des Menschenhandels in die beabsichtigte Ausbeutung ist unerheblich, wenn eines der unter (2) genannten Mittel angewendet wurde.

Besonderer Schutz für Kinder (Personen unter 18 Jahren): Entsprechende Handlungen (1) mit dem Ziel der Ausbeutung (3) konstituieren den Tatbestand des Menschenhandels; besondere Mittel (2) brauchen nicht zur Anwendung kommen.

Zusammengestellt aus: Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Abzurufen unter: <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar55025anlage2-uebgb1.pdf>

Statistiken zum weltweiten Menschenhandel

Grafik 1: »Moderne Sklaverei«: Opfer von Zwangsarbeit – weltweit geschätzte 20,9 Millionen*

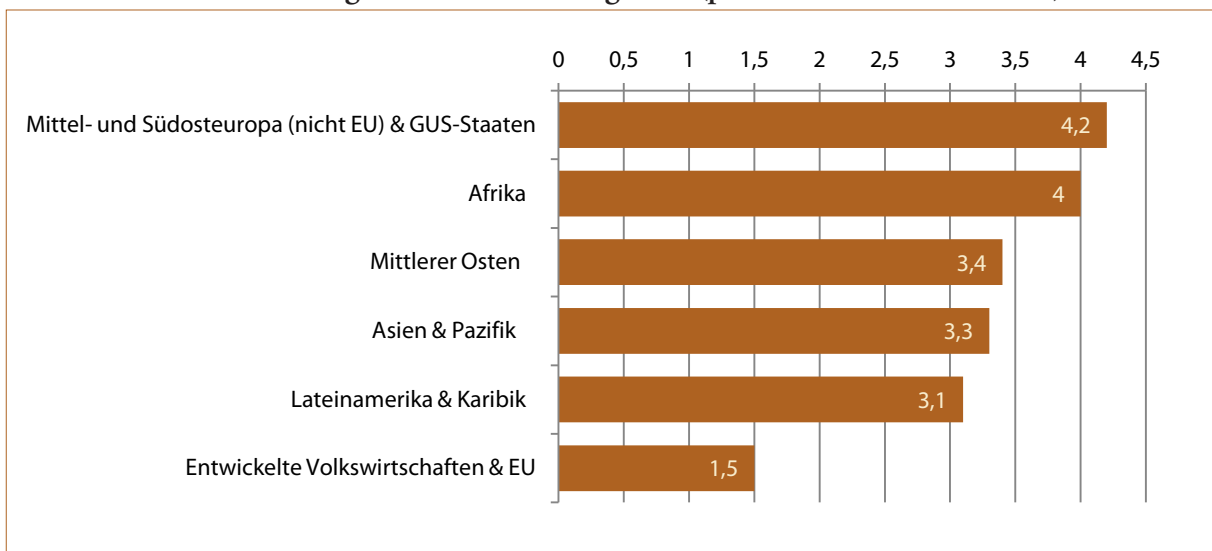


* Der Terminus beinhaltet die Ausbeutungsformen, die das o.a. Palermo-Protokoll auflistet, also einschließlich sexueller Ausbeutung, jedoch ohne Organhandel.

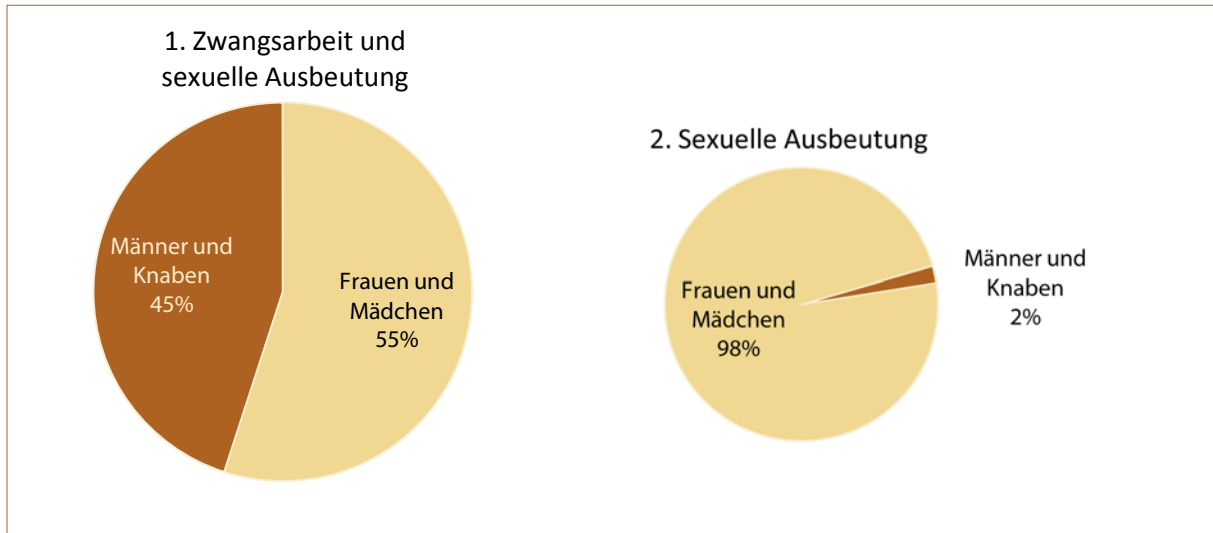
Referenzperiode für die Schätzungen: 2002–2011; konservative Schätzung (jedoch kein Minimalwert); Standardabweichung 1,4 Mio. (7%), Variation: 19,5 bis 22,3 Mio.

Quelle: ILO Global Estimate of Forced Labour. Results and methodology. Geneva: ILO, Special Action Programme to Combat Forced Labour (SAP-FL), 2012, S. 13–14. Abgerufen unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@declaration/documents/publication/wcms_182004.pdf

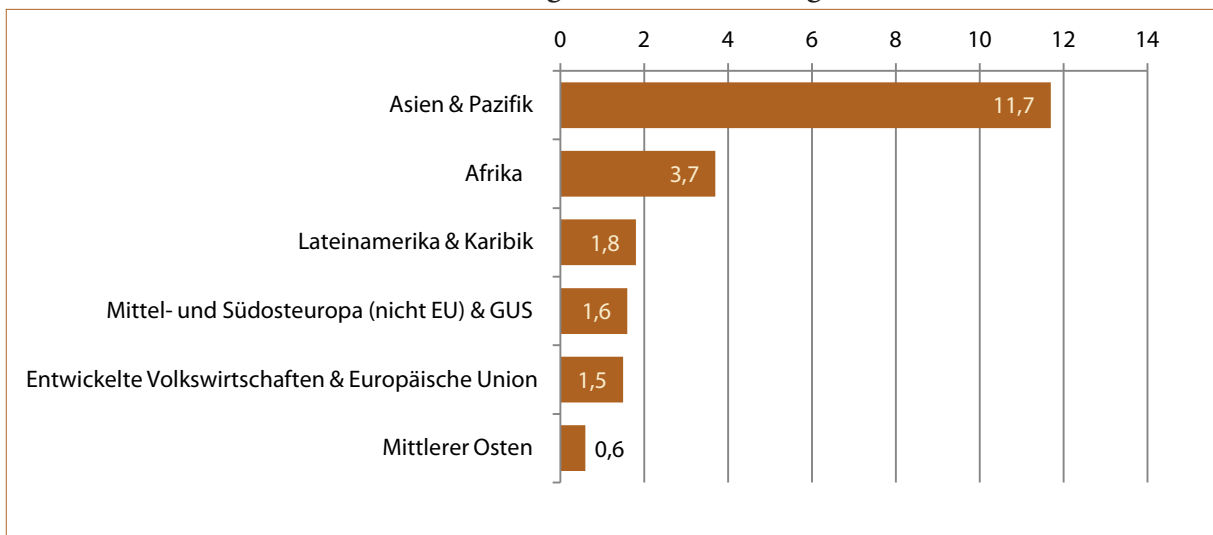
Grafik 2: Fälle von Zwangsarbeit nach Weltregionen (pro 1.000 EinwohnerInnen)



Quelle: ILO Global Estimate of Forced Labour. Results and methodology. Geneva: ILO, Special Action Programme to Combat Forced Labour (SAP-FL), 2012, S. 15. Abgerufen unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@declaration/documents/publication/wcms_182004.pdf

Grafik 3: Zwangsarbeit weltweit: geschätzter Anteil von Frauen und Männern

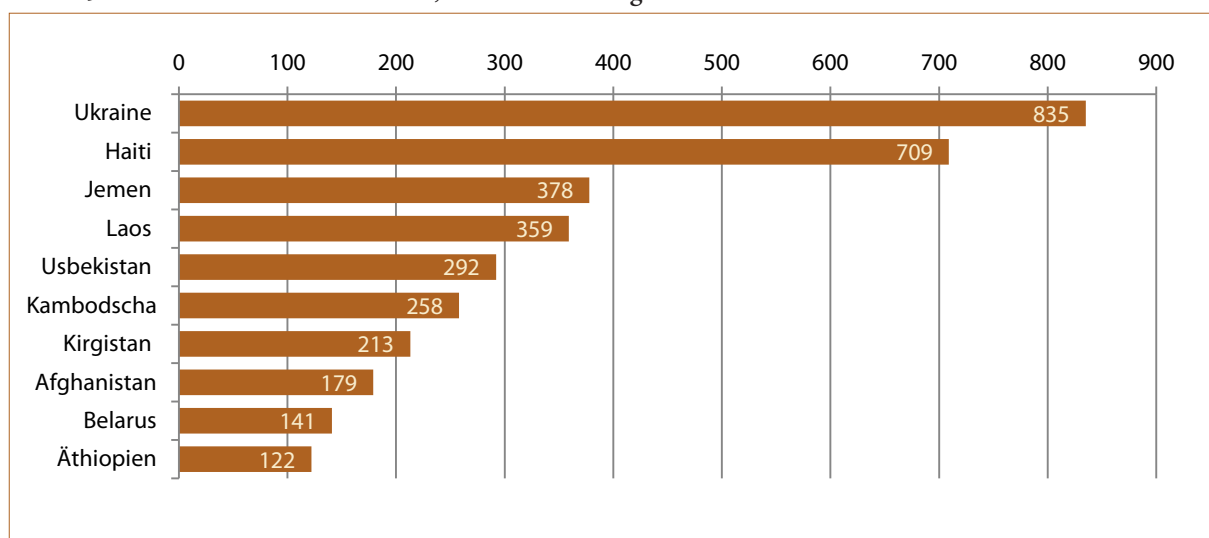
Quelle: ILO Global Estimate of Forced Labour. Results and methodology. Geneva: ILO, Special Action Programme to Combat Forced Labour (SAP-FL), 2012, S. 14. Abgerufen unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@declaration/documents/publication/wcms_182004.pdf

Grafik 4: Geschätztes Ausmaß von Zwangsarbeit nach Weltregionen

Quelle: ILO Global Estimate of Forced Labour. Results and methodology. Geneva: ILO, Special Action Programme to Combat Forced Labour (SAP-FL), 2012, S. 16. Abgerufen unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@declaration/documents/publication/wcms_182004.pdf

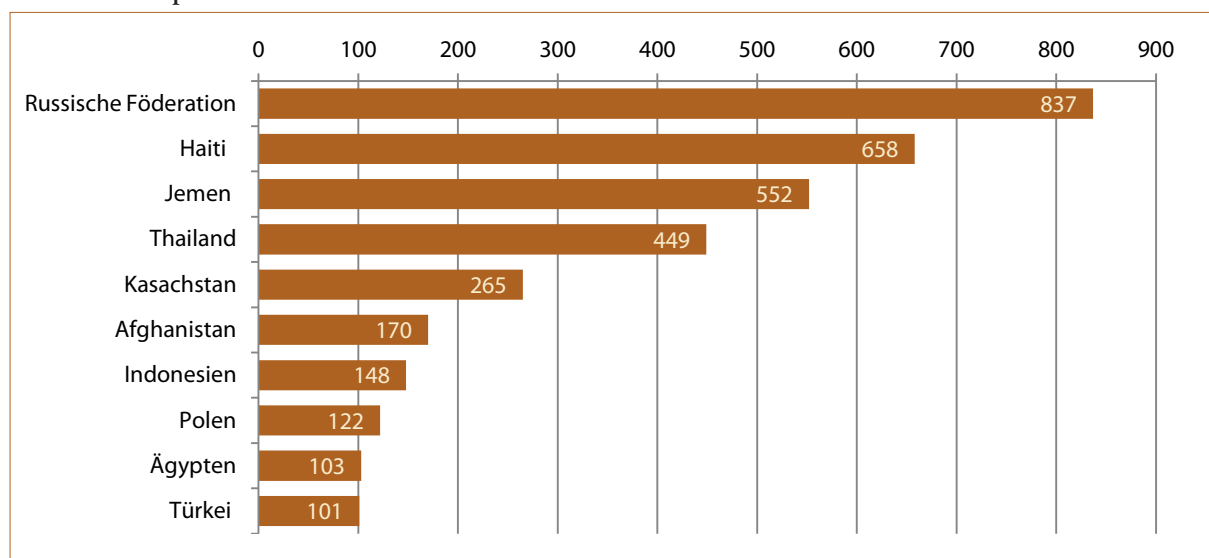
»Top 10« Herkunftsländer und Zielländer der Betroffenen von Menschenhandel, die weltweit im Jahre 2011 Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erhielten

Grafik 5a: Nationalität von Betroffenen, die Unterstützung erhielten



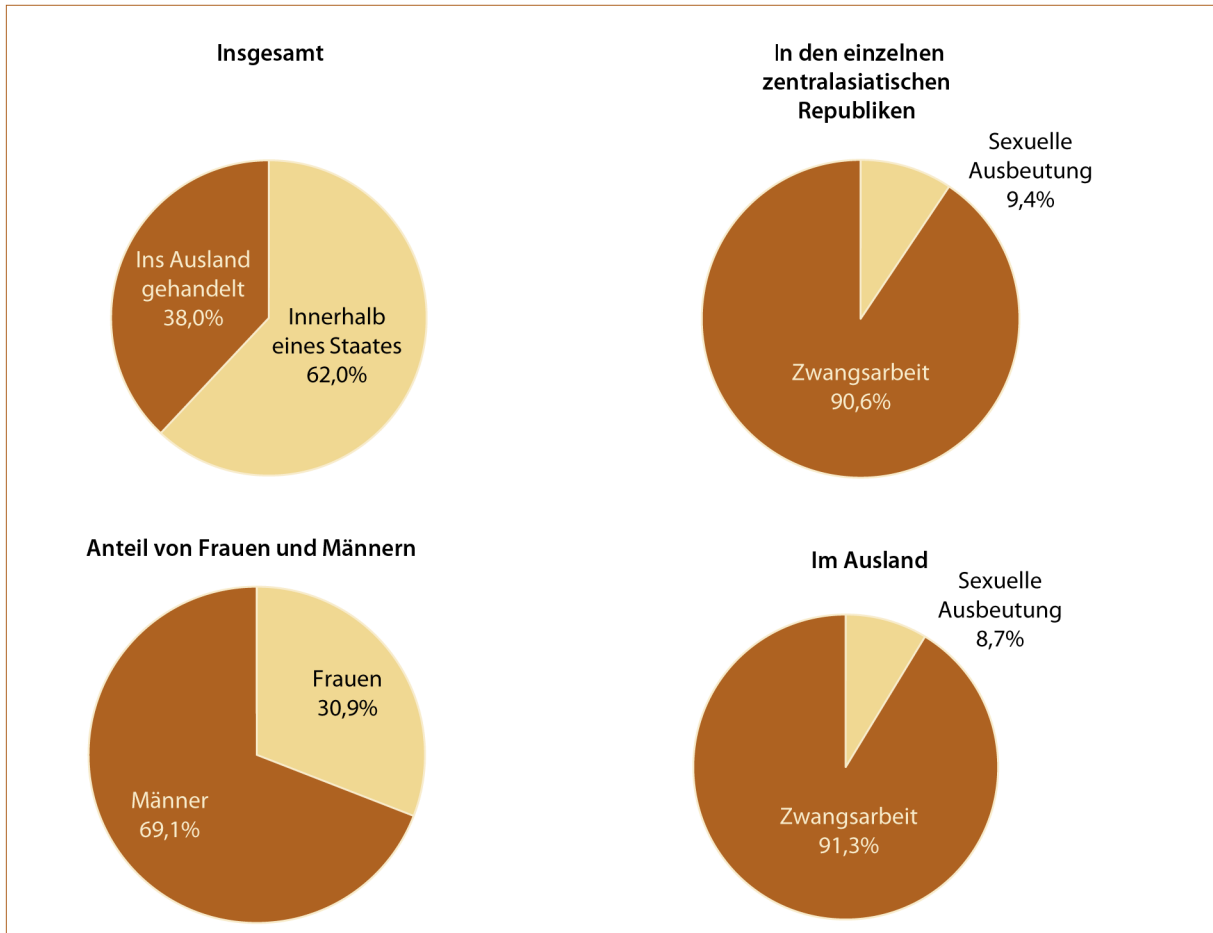
Quelle: IOM: *Counter Trafficking and Assistance to Vulnerable Migrants. Annual Report of Activities 2011. Geneva 2012. S. 17. Abzurufen unter: http://www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/Annual_Report_2011_Counter_Trafficking.pdf*

Grafik 5b: Hauptzielländer



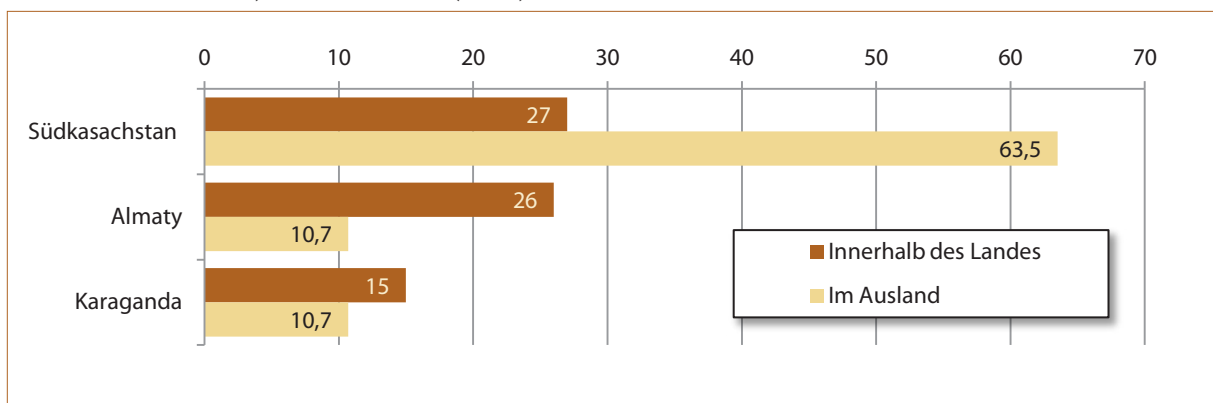
Quelle: IOM: *Counter Trafficking and Assistance to Vulnerable Migrants. Annual Report of Activities 2011. Geneva 2012. S. 17. Abzurufen unter: http://www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/Annual_Report_2011_Counter_Trafficking.pdf*

Grafik 6: Menschenhandel in Zentralasien



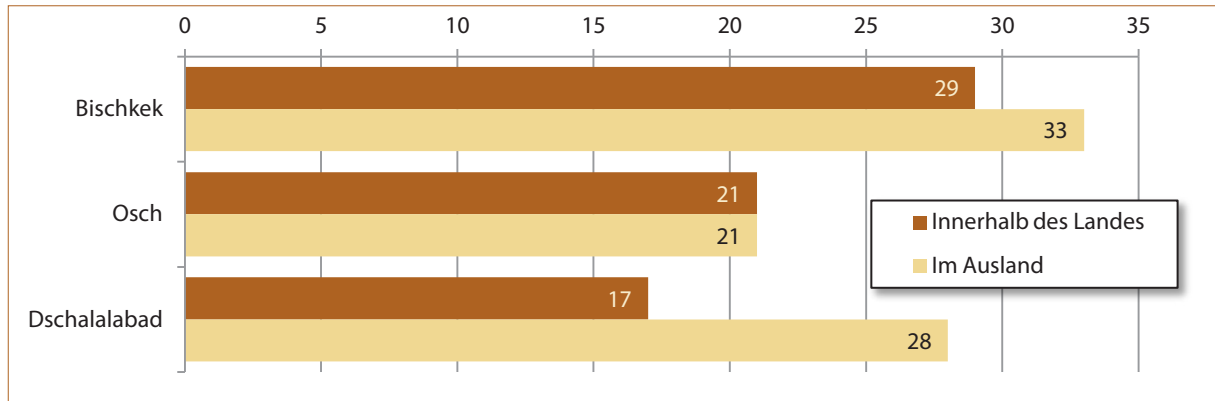
Quelle: Kydyrov, Taalibek und Jypara Abakirova: *The Scale of Human Trafficking in Central Asia*. Bishkek: International Organization for Migration / Regional Centre for Migration and Refugee Issues, 2010, S. 56, 51, 54.

Grafik 7a: Regionale Herkunft (Provinzen) der Opfer von Zwangsarbeit in den einzelnen zentralasiatischen Republiken (gelistet sind jeweils die drei Regionen mit den höchsten Anteilen) – Kasachstan (in %)

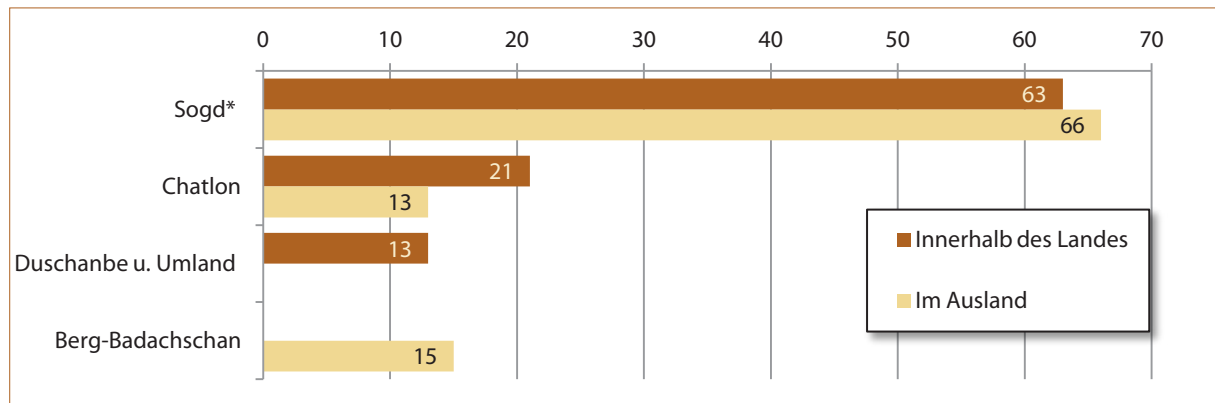


Quelle: Kydyrov, Taalibek und Jypara Abakirova: *The Scale of Human Trafficking in Central Asia*. Bishkek: International Organization for Migration/Regional Centre for Migration and Refugee Issues, 2010, S. 17.

Grafik 7b: Kirgistan (in %)

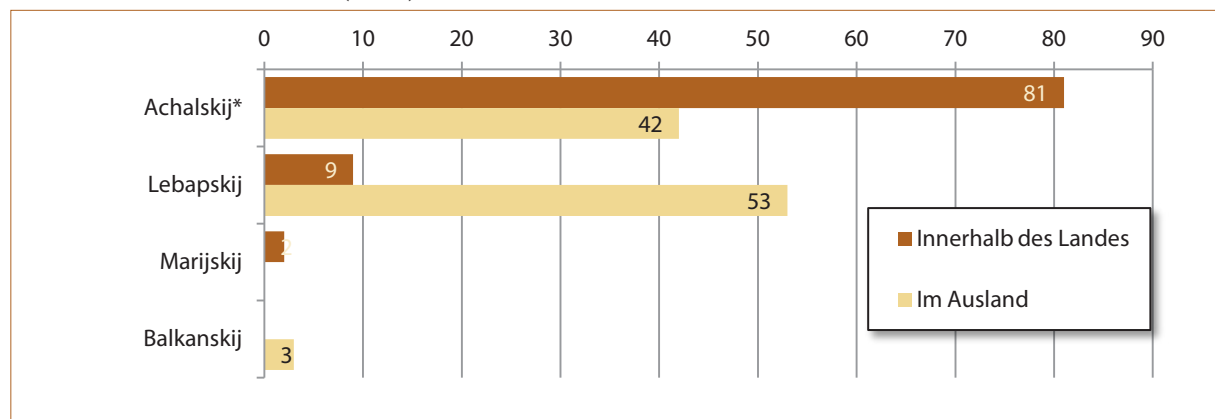


Grafik 7c: Tadschikistan (in %)



*Bis 2000: Leninabad

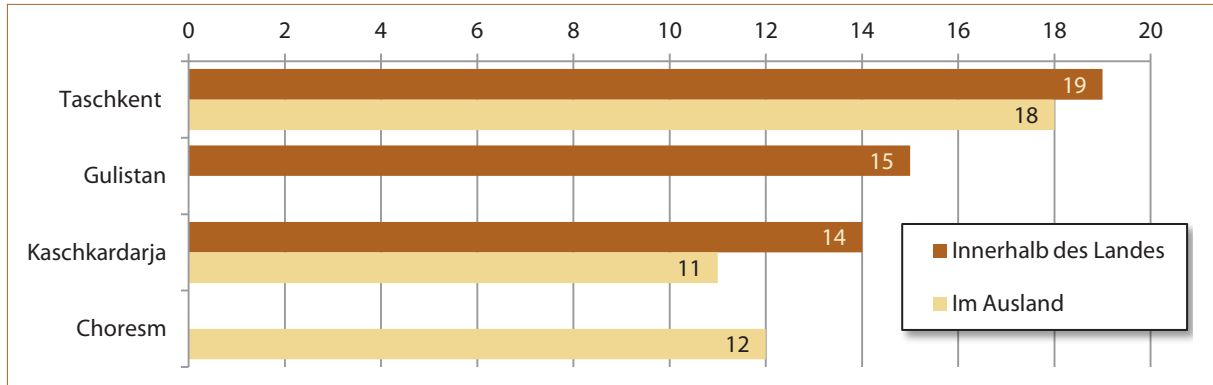
Grafik 7d: Turkmenistan (in %)



* Provinz rund um Aschabad;

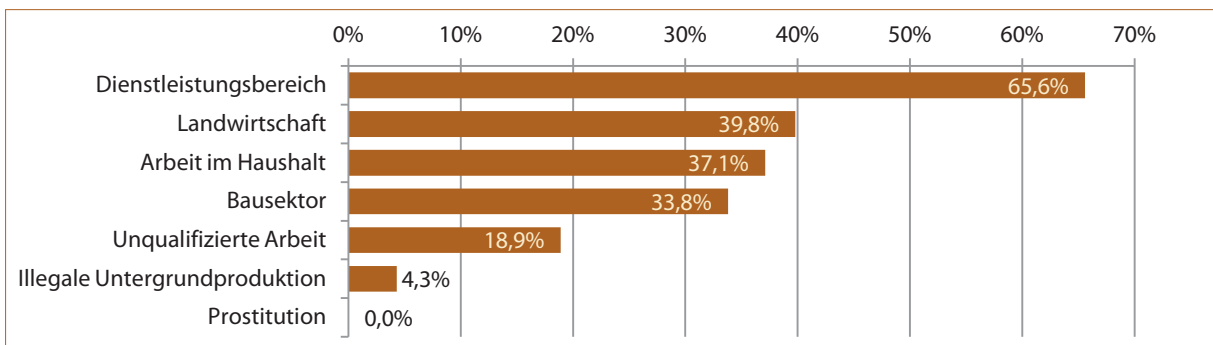
Quelle: Kydyrov, Taalaibek und Jypara Abakirova: *The Scale of Human Trafficking in Central Asia*. Bishkek: International Organization for Migration/Regional Centre for Migration and Refugee Issues, 2010, S. 22, 28, 33.

Grafik 7e: Usbekistan (in %)



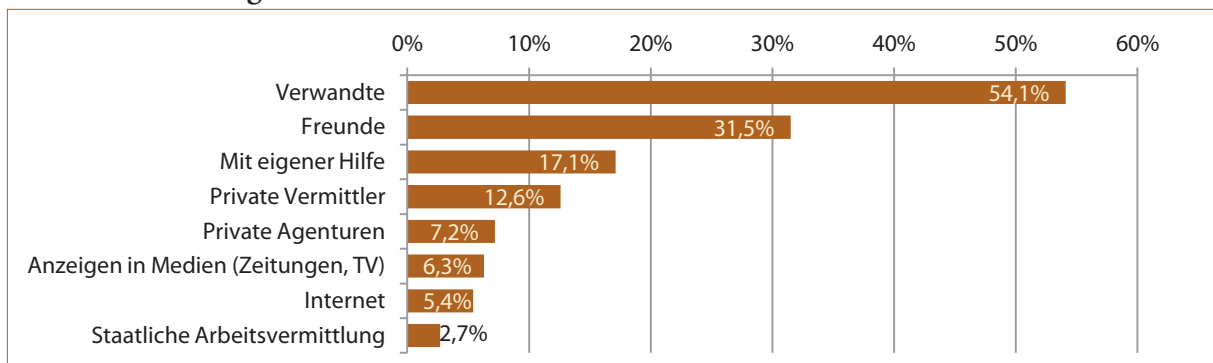
Quelle: Kydyrov, Taalibek und Jypara Abakirova: *The Scale of Human Trafficking in Central Asia*. Bishkek: International Organization for Migration/Regional Centre for Migration and Refugee Issues, 2010, S. 39.

Grafik 8: Bereitschaft von Arbeitsuchenden in Südkirgistan, eine Tätigkeit aufzunehmen, nach Bereichen



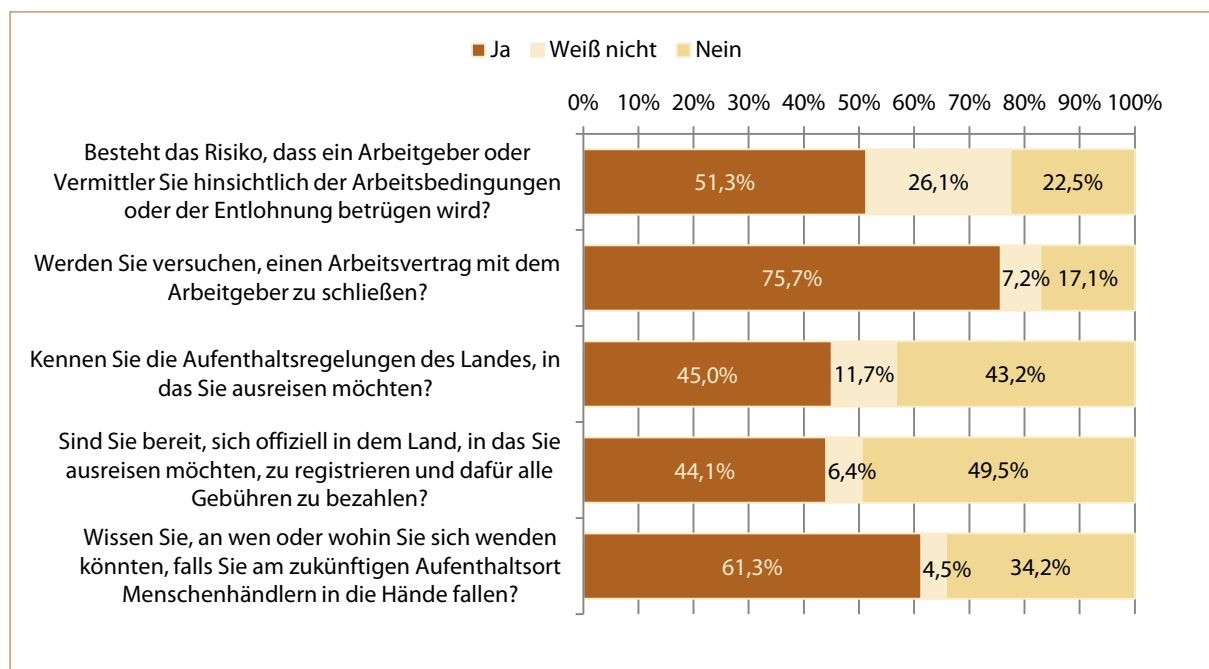
Quelle: Alina Tashybaeva, *Human Trafficking in the Southern Kyrgyzstan Republic*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI) / Regional Competence-Building for Think-Tanks in the South Caucasus and Central Asia, o.O. 2012 [2011], Abb. 2, S. 8. Abzurufen über: <http://english.nupi.no/Activities/Departments/Department-of-Russian-and-Eurasian-Studies/Projekter/Regional-Competence-Building-for-Think-Tanks-in-the-South-Caucasus-and-Central-Asia>

Grafik 9: Antworten von Arbeitsuchenden in Südkirgistan auf die Frage: »Wie oder mit wessen Hilfe würden Sie gerne an in eine andere Stadt, einen anderen Oblast oder ins Ausland migrieren?«



Quelle: Alina Tashybaeva, *Human Trafficking in the Southern Kyrgyzstan Republic*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI) / Regional Competence-Building for Think-Tanks in the South Caucasus and Central Asia, o.O. 2012 [2011], Abb. 4, S. 12. Abzurufen über: <http://english.nupi.no/Activities/Departments/Department-of-Russian-and-Eurasian-Studies/Projekter/Regional-Competence-Building-for-Think-Tanks-in-the-South-Caucasus-and-Central-Asia>

Grafik 10: Bereitschaft potentieller ArbeitsmigrantInnen in Südkirgistan, sich auf gefährliche oder riskante Verhaltensweisen einzulassen



Quelle: Alina Tashybaeva, *Human Trafficking in the Southern Kyrgyzstan Republic*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI) / *Regional Competence-Building for Think-Tanks in the South Caucasus and Central Asia*, o.O. 2012 [2011], Tab. 3, S. 13. Abzurufen über: <http://english.nupi.no/Activities/Departments/Department-of-Russian-and-Eurasian-Studies/Projekter/Regional-Competence-Building-for-Think-Tanks-in-the-South-Caucasus-and-Central-Asia>

Tabelle 1: Vergleich der Situation von legalen ArbeitsmigrantInnen und solchen mit irregulärem Status in Russland (2006 –07)*

Faktoren	Legale MigrantInnen	Irreguläre MigrantInnen
<i>Risikofaktoren: Migrationsprozess</i>		
Aus Kleinstadt oder Dorf	64,00%	84,00%
Keine Berufsausbildung	49,00%	62,00%
Offizielle Kanäle, durch die eine Beschäftigung in Russland gefunden werden kann, unbekannt	36%	56%
Wurden im Prozess der Migration getäuscht	9,00%	13,00%
<i>Risikofaktoren: Arbeit in Russland</i>		
Schriftlicher Kontrakt vorhanden	51,00%	3,00%
Wöchentliche Arbeitszeit	61 Std.	64 Std.
Monatliche Entlohnung	499 US-\$	336 US-\$
Krankenversicherung	50,00%	6,00%

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Vergleich der Situation von legalen ArbeitsmigrantInnen und solchen mit irregulärem Status in Russland (2006 –07)* (Fortsetzung)

Faktoren	Legale MigrantInnen	Irreguläre MigrantInnen
<i>Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung von MigrantInnen</i>		
Entlassung durch Arbeitgeber jederzeit möglich	40,00 %	76,00 %
Pass wurde vom Arbeitgeber eingezogen	8,00 %	27,00 %
Gezwungen, ohne Zusatzbezahlung Überstunden zu machen	24,00 %	43,00 %
Gezwungen, einen Teil der Arbeit ohne Bezahlung auszuführen	13,00 %	17,00 %
Eingeschränkte Bewegungsfreiheit	7,00 %	19,00 %
Völlige Isolierung	9,00 %	9,00 %
Körperliche Gewalt	6,00 %	11,00 %
Zu sexuellen Diensten gezwungen (Frauen)	21,00 %	3,00 %
Psychischer Druck, Drohungen, Erpressung, Täuschung	10,00 %	23,00 %
Kennen viele/einige Fälle von Sklavenarbeit unter MigrantInnen	35/20 %	32/15 %
Kennen viele/einige Fälle von Menschenhandel unter MigrantInnen	33/22 %	35/24 %
Kennen viele/einige Fälle von Frauenhandel mit dem Ziel sexueller Ausbeutung	32/21 %	31/21 %
Kennen viele/einige Fälle, in denen Kinder zum Betteln benutzt werden	32/25 %	34/24 %
Würden zur Polizei gehen, wenn unter sklavereiartigen Bedingungen	38,00 %	9,00 %
<i>Bewertung der Situation</i>		
Es ist besser, mehr Lohn zu bekommen, als offiziell beschäftigt zu sein	7 %	36 %
Dieser Trip nach Russland hat sich für mich gelohnt	82 %	72 %

* Die Umfrage wurde durchgeführt im Oblast Astrachan, im Gebiet Moskau und in der Republik Karelien

Quelle: International Organization for Migration & International Labour Organization: *Countering the spread of slavery and human trafficking in the Russian Federation. Final report on the research part of the project "Prevention of Human Trafficking in the Russian Federation"*, Moskau 2009, Tab. 35, S. 51–52. Abzurufen unter: http://www.no2slavery.ru/files/Report_THB_English.pdf

Grafik 11: Rankings zentralasiatischer Staaten und Russlands in Jahresberichten des US State Department zum weltweiten Menschenhandel (2005–2012)*



* Rang 1: Staaten, welche die im »Gesetz zum Schutz der Opfer von Menschenhandel« (Trafficking Victims Protection Act = TVPA, 2000) der USA festgelegten Standards erfüllen.

Rang 2: Staaten, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden, sich aber ernsthaft darum bemühen.

Rang 2a/Beobachtungsliste (=2BL): Staaten mit hohen oder steigenden Opferzahlen oder Staaten, die keine Anstrengungen gegen Menschenhandel vorweisen können.

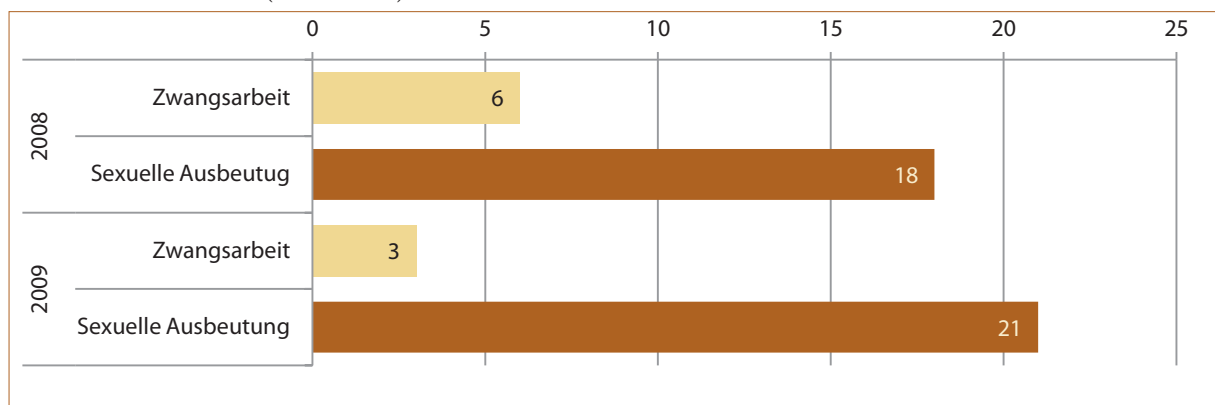
Rang 3: Staaten, die keinerlei Maßnahmen gegen Menschenhandel ergreifen (diese Einstufung kann Sanktionen der USA gemäß TVPA nach sich ziehen).

Quelle: U.S. Department of State: Trafficking in Persons Report. June 2012. Abgerufen unter: <http://www.state.gov/j/tip/rls/tiprpt/2012/index.htm> [Country Narratives J–M, T–Z]

Verurteilungen wegen Menschenhandel und identifizierte Opfer in Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Russland (Bericht des UN Office on Drugs and Crime 2012)

Anzahl der Verurteilungen oder Ermittlungen wegen Menschenhandel in Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Russland

Grafik 12a: Kasachstan (2008–2009)

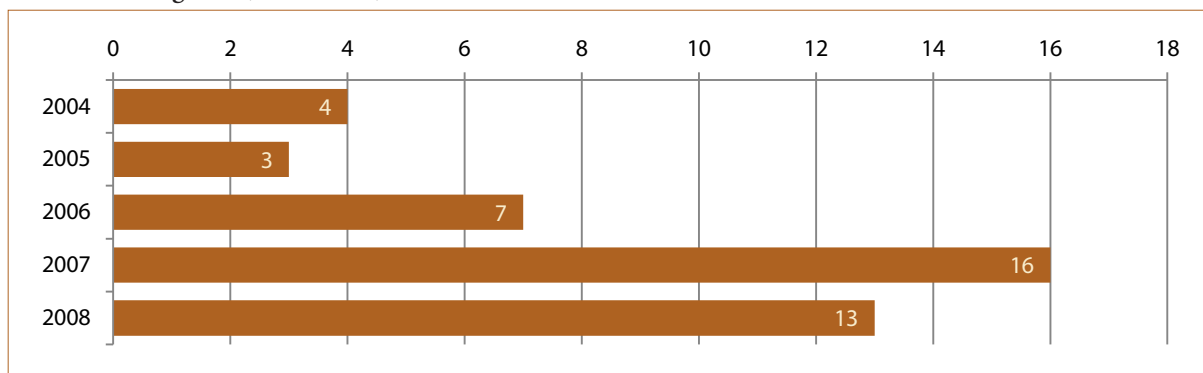


Quelle: The International Legal Initiative

Quelle: UNODC. United Nations Office on Drugs and Crime: Global Report on Trafficking in Persons 2012. New York: United Nations, Dez. 2012. – Country Profiles. Europe and Central Asia. Abzurufen unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/glotip/Country_Profiles_Europe_Central_Asia.pdf

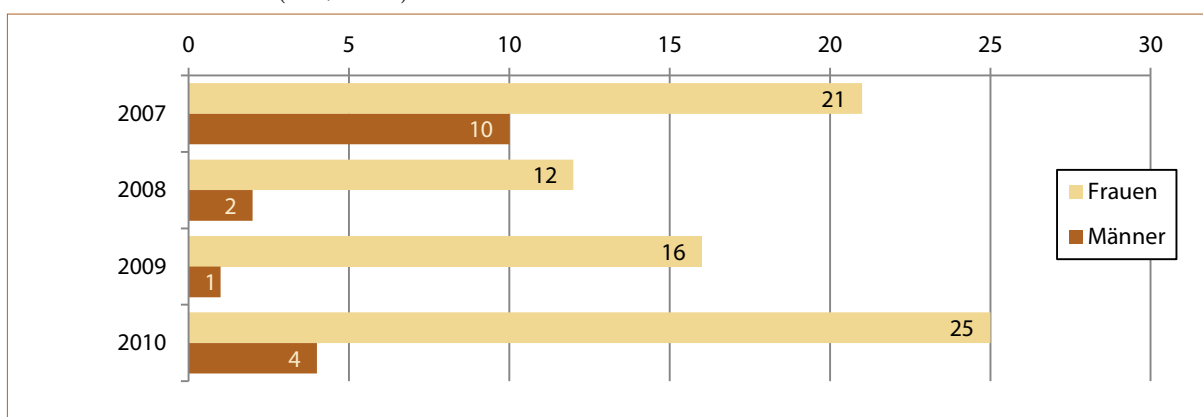
Anzahl der Verurteilungen oder Ermittlungen wegen Menschenhandel in Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Russland (Fortsetzung)

Grafik 12b: Kirgistan (2004–2008)



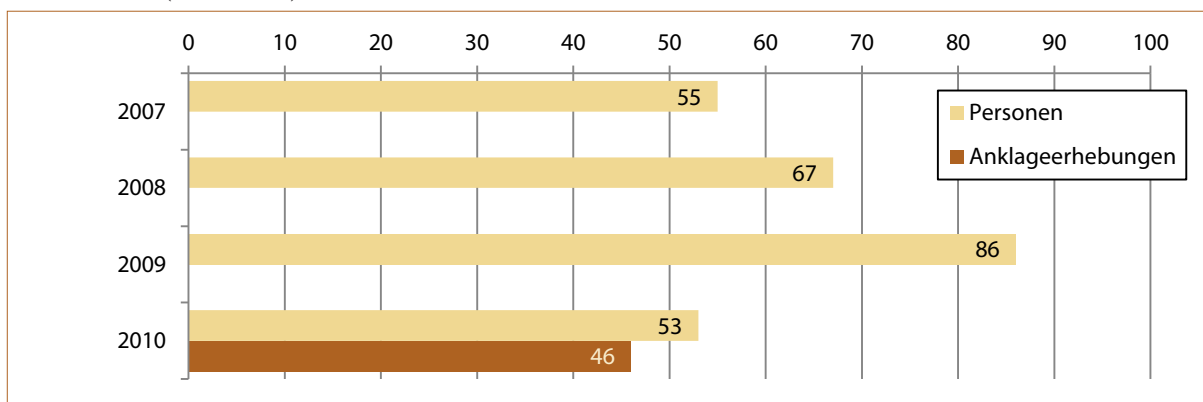
Quelle: CTS-Gerichte

Grafik 12c: Tadschikistan (2007–2010)



Quelle: Innenministerium

Grafik 12d: Russland: Anzahl der Personen, gegen die polizeiliche Ermittlungen wegen Menschenhandels eingeleitet wurden (2007–2010)

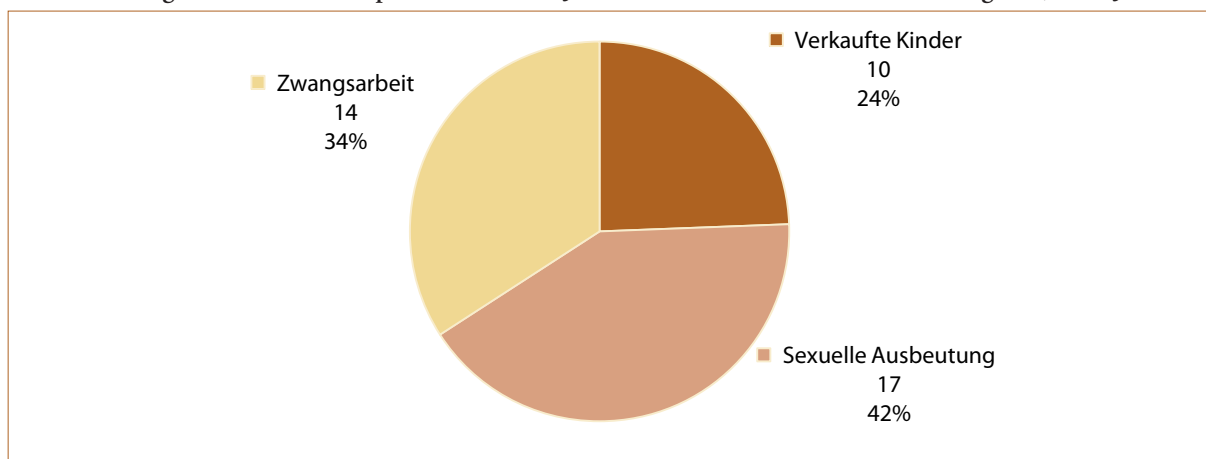


Quelle: Innenministerium

Quelle: UNODC. *United Nations Office on Drugs and Crime: Global Report on Trafficking in Persons 2012*. New York: United Nations, Dez. 2012. – *Country Profiles. Europe and Central Asia*. Abzurufen unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/glotip/Country_Profiles_Europe_Central_Asia.pdf

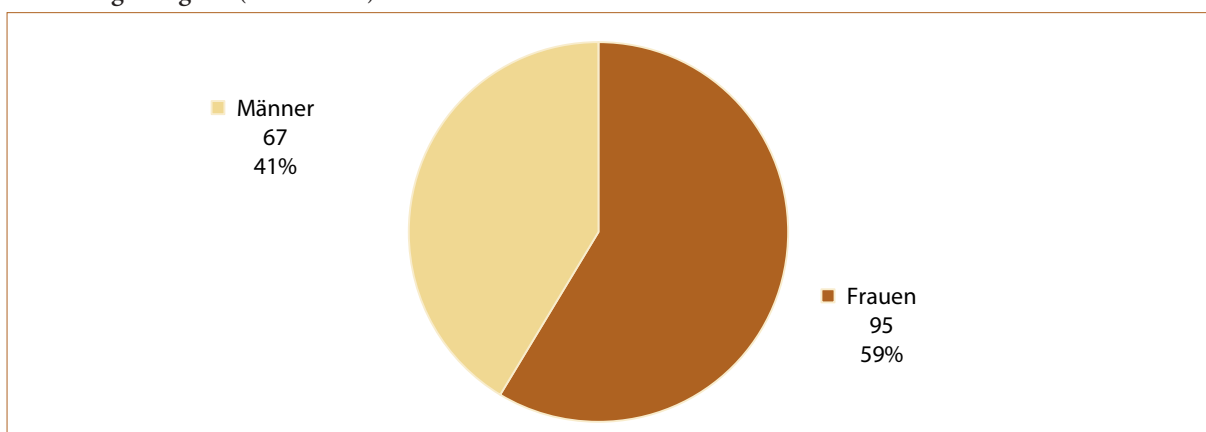
Opferzahlen und Charakteristika von Opfern

Grafik 13a: Kirgistan: Anzahl der Opfer, die durch die Justiz entdeckt wurden, nach Ausbeutungsart (2008–Juli 2010)



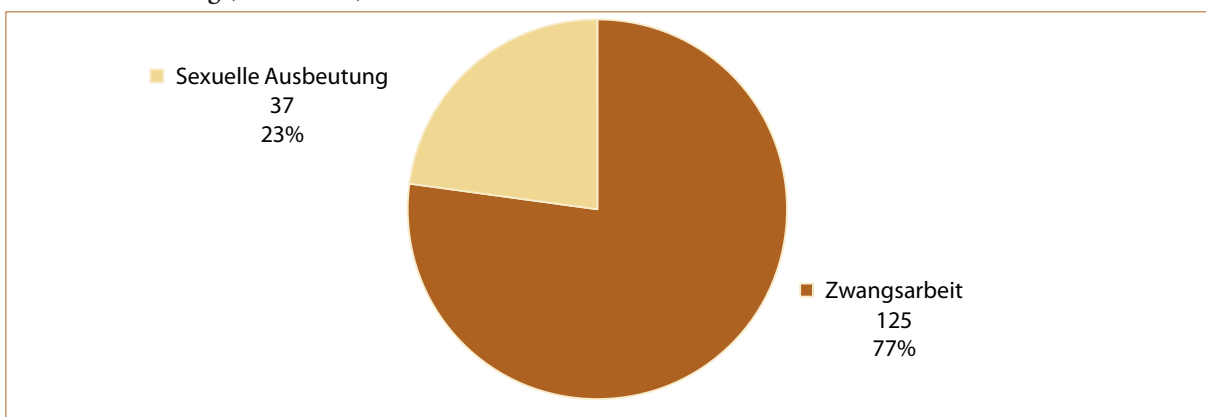
Quelle: Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Migration

Grafik 13b: Kirgistan: Anzahl von kirgistanischen Opfern, die Unterstützung bei der Repatriierung erhielten, nach Gendertzugehörigkeit (2008–2010)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Migration

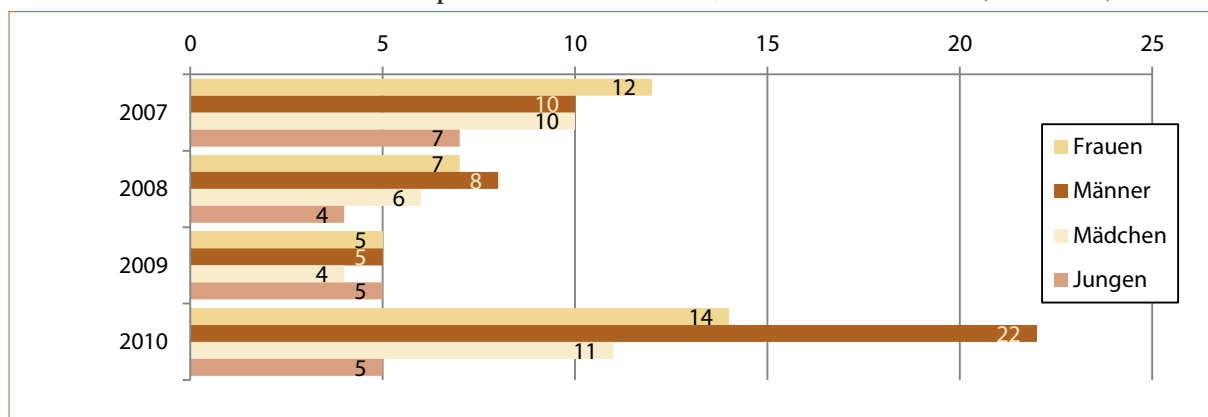
Grafik 13c: Kirgistan: Anzahl von kirgistanischen Opfern, die Unterstützung bei der Repatriierung erhielten, nach Art der Ausbeutung (2008–2010)



Quelle: Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Migration

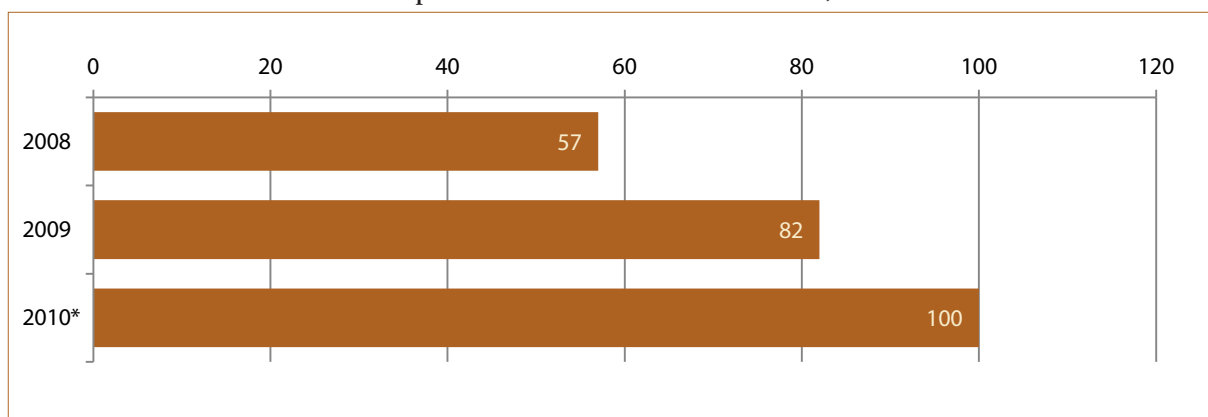
Quelle: UNODC. *United Nations Office on Drugs and Crime: Global Report on Trafficking in Persons 2012*. New York: United Nations, Dez. 2012. – *Country Profiles. Europe and Central Asia*. Abzurufen unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/glotip/Country_Profiles_Europe_Central_Asia.pdf

Grafik 14a: Tadschikistan: Entdeckte Opfer von Menschenhandel, nach Alter und Gender (2007–2010)



Quelle: Innenministerium

Grafik 14b: Russland: Identifizierte Opfer von Menschenhandel in Russland, 2008–2010



* darunter: 2010 – 90 Frauen und 10 Minderjährige, Nationalität: 93% RussInnen, 7% AusländerInnen und Staatenlose;
Quelle: Innenministerium

Quelle: UNODC. United Nations Office on Drugs and Crime: Global Report on Trafficking in Persons 2012. New York: United Nations, Dez. 2012. – Country Profiles. Europe and Central Asia. Abzurufen unter: http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/glotip/Country_Profiles_Europe_Central_Asia.pdf

EU will Partnerschaft mit Zentralasien weiter vertiefen

Interview mit der EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien, Patricia Flor

2005 schuf die EU das Amt eines Sonderbeauftragten für Zentralasien. Seine Aufgabe ist es, die EU in der Region zu repräsentieren, regelmäßigen Kontakt mit Regierungen sowie Nichtregierungsakteuren zu halten, die politischen Entwicklungen zu analysieren und auch die Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie zu verfolgen. Darauf aufbauend entwickelt der Sonderbeauftragte Politikvorschläge, um die Ziele der EU in Zentralasien zu fördern. Am 1. Juli 2012 hat die deutsche Diplomatin Patricia Flor dieses Amt von ihrem französischen Amtsvorgänger Pierre Morel übernommen. Die hervorragende Kennerin der Region war von 1993–1995 in der neu eröffneten deutschen Botschaft in Almaty tätig, arbeitete mehrere Jahre bei der UN in New York und war vier Jahre deutsche Botschafterin in Georgien. Von 2010–2012 hatte sie die Position der Sonderbeauftragten für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien in Berlin inne. Am 1. Juli 2012 ernannten die Außenminister der europäischen Union sie zur EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien.

Welches Interesse hat die EU heute an Zentralasien?

Das Interesse der EU an Zentralasien ist unverändert groß. Das liegt natürlich daran, dass Zentralasien in gewisser Weise eine Brücke zwischen Europa und Asien ist. Zentralasien verfügt über viele natürliche Ressourcen im Energiebereich, und es hat wachsende Märkte. In dieser Hinsicht ist es für die EU interessant. Dann geht es auch darum, dass die EU schon seit vielen Jahren darum bemüht ist, in ihrer direkten und etwas entfernten Nachbarschaft Stabilität, Reformen und Transformation in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratien zu fördern. Das geht darauf zurück, dass uns viele Bedrohungen auch über Zentralasien erreichen. Es ist in unserem Interesse, wenn sich diese Region nach europäischem Vorbild und auf der Grundlage europäischer Prinzipien verändert. Was die Bedrohungen angeht, ist Zentralasien für uns wichtig als Nachbarregion von Afghanistan. Das heißt, die Bemühungen der EU und der internationalen Gemeinschaft, Afghanistan zu stabilisieren, sollten auch Zentralasien einbeziehen. Das findet im Rahmen des Istanbul-Prozesses statt.

Mit welchen Zielen haben Sie Ihr Amt als EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien im Sommer 2012 angetreten?

Ich habe mir persönlich vorgenommen, die Beziehungen zwischen Europa und Asien zu vertiefen. Die EU-Zentralasienstrategie, seit 2007 in Kraft, hat ja schon eine sehr gute Grundlage gelegt. Aber natürlich kann man hier mehr tun. Eine Dimension, die 2012 von Seiten der EU hinzugefügt wurde, ist ein hochrangiger Sicherheitsdialog, den wir mit den zentralasiatischen Partnern führen wollen. Dabei geht es vor allem darum zu identifizieren, welche gemeinsamen Bedrohungen es gibt, sowie Drogenhandel, Terrorismus, aber auch um fundamentalistische Tendenzen in der Region. Und was können wir gemeinsam tun, um dagegen vorzugehen. Das ist ein Bereich.

Ein weiterer Bereich sind die Energiebeziehungen. Auch das steht in dem Mandat, das mir die europäischen Außenminister mitgegeben haben.

Und es sind Reformen. Ich glaube, die zentralasiatischen Staaten orientieren sich nach Europa. Sie gucken auf Europa, wenn sie nach Modellen für ihre künftige Entwicklung suchen. Aber das heißt auch, dass wir mit ihnen zusammen versuchen sollten, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Partizipation der Zivilgesellschaft, gutes Investitionsklima und andere Dinge voranzubringen.

Worum geht es in dem von Ihnen eben erwähnten neuen Sicherheitsdialog und wie wird er umgesetzt?

Es ist gerade im Rahmen des Ministertreffens der EU mit allen fünf zentralasiatischen Staaten im November vergangenen Jahres in Bischkek unter allen Beteiligten Einvernehmen erzielt worden, dass wir diesen hochrangigen Sicherheitsdialog zum ersten Mal im ersten Halbjahr 2013 abhalten wollen. Daran nehmen alle fünf zentralasiatischen Staaten teil. Bei dem Ministertreffen war die hohe Vertreterin, Frau Ashton, persönlich dabei. Es ist schon jetzt klar, dass die Hauptthemen für den Sicherheitsdialog sein werden: Rückwirkungen aus Afghanistan, also Konsequenzen des Abzugs der internationalen Kräfte der ISAF aus Afghanistan auf Zentralasien, aber auch welche positiven Chancen sich möglicherweise daraus ergeben können. Zu dem Sicherheitsdialog wird auch gehören, über andere Bedrohungen wie zum Beispiel Sicherheit der Grenzen und terroristische Tendenzen in der Region zu sprechen.

Wann und wie oft wird dieser Dialog stattfinden?

Das wird zu entscheiden sein, wenn wir den ersten Sicherheitsdialog haben werden, und der wird in diesem Jahr stattfinden. Das muss man mit den Partnern vereinbaren, in welcher Form man den dann fortführt.

Sind Sie schon auf Hindernisse gestoßen?

Ein Hindernis ist, dass die EU als außenpolitischer Akteur durchaus nicht einfach zu verstehen ist. Eine Hauptaufgabe für mich ist, die EU Aktivitäten in der Region sichtbar zu machen. Die EU unterstützt Programme in vielen Bereichen. Um nur einige zu nennen: wirtschaftliche Entwicklungen, Wasser und Umwelt, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Erziehung, also das sichtbarer zu machen, aber eben auch den ständigen Dialog mit den dortigen Regierungen zu intensivieren.

Ein weiteres, schwieriges Feld ist natürlich der Bereich der Menschenrechte und der Entwicklung der Zivilgesellschaft, der inneren Entwicklung. Die zentralasiatischen Staaten haben internationale Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, wo wir darauf drängen, dass sie eingehalten werden.

Was ich an Positivem sagen möchte: meine Erfahrung in diesen sechs Monaten ist, dass jenseits der schwierigen Felder die EU für alle zentralasiatischen Regierungen ein wichtiger Partner ist. Es gibt andere in der Region, die Russische Föderation, China, die USA, Türkei. Aber auch die EU ist ein gerne gesehener und gewünschter Partner für Zusammenarbeit in vielen Bereichen.

Wie sehen Sie die Dynamik in der Umsetzung Zentralasienstrategie?

Ein Fortschritt im Verhältnis EU – Zentralasien ist, dass die EU inzwischen mit allen fünf zentralasiatischen Staaten einen Menschenrechtsdialog hat. Wir führen einen intensiven Dialog über Einzelfälle, aber eben auch über die allgemeinen Menschenrechte mit den zentralasiatischen Regierungen. Es gibt einerseits positive Schritte, es hat Amnestien gegeben, wo auch Personen freikamen, für die sich die EU eingesetzt hat. Es gab auch in verschiedenen Ländern neue Gesetze, zum Beispiel zur Zivilgesellschaft, aber auch im Bereich des Strafgesetzbuches, der Justizreform, der Einrichtung der Institutionen von Ombudsmännern, es gab Parteigründungen in einigen Ländern, es gibt also durchaus Positives.

Ein Land will ich auch noch einmal nennen: Kirgistan ist 2010 durch eine schwere Krise gegangen und hat es vermocht, sich durch Wahlen und durch einen friedlichen und demokratischen Machtwechsel von Präsidentin Otunbajewa hin zu dem neuen Präsidenten Atambajew zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gibt es auch negative Momente, die uns Sorgen machen. Es gab dazu auch verschiedentlich EU-Erklärungen. Beispielsweise gibt es immer wieder Blockaden des Internets in Zentralasien, was wir als Eingriff in die Meinungsfreiheit sehen. Es gibt auch Prozesse, insbesondere nach den Schanaosen-Unruhen in Kasachstan, wo aus EU-Sicht die rechtsstaatlichen Anforderungen nicht erfüllt sind. Das gilt auch für Prozesse in anderen Ländern. Es gibt weiterhin also auch Probleme und deshalb ist es weiter notwendig, diesen Dialog intensiv zu führen.

Sowohl politisch wie wirtschaftlich hat die EU durch ihre Zentralasienstrategie enge Kontakte inzwischen institutionalisiert. Ich habe ja einige Foren genannt: der Menschenrechtsdialog, der künftige Sicherheitsdialog, aber auch die jährlichen Ministertreffen. Hier möchte ich ganz besonders hervorheben, dass im November 2012 die Hohe Vertreterin selbst den Dialog geleitet und auch die Region besucht hat. Hier haben sich die hochrangigen Kontakte intensiviert. Das war natürlich auch ein Signal von EU-Seite an die Region, dass wir Zentralasien als Partner hoch einschätzen und die Beziehungen weiter ausweiten wollen.

In wirtschaftlicher Hinsicht möchte ich unterstreichen, dass beispielsweise Kasachstan die EU als größten Markt insbesondere für Energieprodukte hat. Die EU ist inzwischen auch wirtschaftlich in der Region gut verankert. Die zentralasiatischen Staaten haben positive Wachstumsraten, trotz einiger Krisenelemente weltweit. Insofern gibt es auch in der Zukunft gute Chancen für europäische Unternehmen.

Welche Erwartungen und Erfolge gibt es im Energiebereich – und welche Enttäuschungen?

Für die EU ist ein prioritäres Projekt weiterhin der südliche Korridor, also das Projekt, insbesondere Gas aus Zentralasien über das Kaspische Meer und dann weiter durch den Kaukasus nach Europa in die EU zu bringen. Das ist ein prioritäres Projekt, wo einige Fortschritte erreicht wurden, aber es ist eben noch nicht so weit gediehen, dass wir jetzt sagen könnten, die transkaspische Pipeline wird demnächst gebaut.

Die positiven Schritte, die erreicht wurden: Es gab seitens der EU-Mitgliedstaaten ein Mandat für den Energiekommissar der EU, Herrn Oettinger, in Verhandlungen mit Turkmenistan und Aserbaidschan einzutreten über ein dreiseitiges Abkommen. Hier geht es darum, die Grundlagen für die transkaspische Pipeline zu schaffen. Seit ein- und einhalb Jahren laufen die Verhandlungen sehr intensiv. Ich würde mir wünschen, dass wir da auch demnächst sichtbare Ergebnisse erzielen.

Was positiv ist: kasachstanisches Öl ist unter den Energieträgern, die in die EU gelangen. Da gibt es in verschiedener Hinsicht Energie-Kooperationen, heute schon. Die Frage Gas stellt sich im Zusammenhang mit Kasachstan nicht vorrangig.

Wie sind die Aussichten auf Gas aus Turkmenistan?

Es gibt immer eine Konkurrenz um die Energieressourcen auf diesen Märkten. Die letzten Schätzungen der Gasvorräte Turkmenistans weisen darauf hin, dass Turkmenistan wahrscheinlich die viertgrößten Ressourcen der Welt hat, was die Chancen eröffnet, durchaus in verschiedene Himmelsrichtungen zu liefern. Turkmenistan liefert jetzt nach China, Turkmenistan liefert bereits nach Norden, nach Russland, aber der Umfang der Ressourcen ist so groß, dass aus meiner Sicht keine Unvereinbarkeit besteht. Letztendlich können alle von diesem turkmenischen Gas profitieren. Mein Hauptargument, warum es sich ebenso für Turkmenistan lohnt, sich auch in Richtung EU zu engagieren: Die EU ist der größte Markt für Gas, und sie ist ein sehr zuverlässiger Markt. Wenn hier Vereinbarungen getroffen werden können, dann geben sie auch Planungssicherheit für Turkmenistan und die auf längere Sicht.

Turkmenistan hat bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, dass es idealerweise gerne auch in verschiedene Himmelsrichtungen liefert. Es gibt auch das Projekt der TAPI Pipeline, also Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien, insofern die südliche Richtung. Wenn wir als EU sagen, unser Ziel ist Diversifizierung, dann ist es ja auch verständlich, dass auch die Produktionsländer wie Turkmenistan eine Gruppe von Kunden haben wollen.

Wie sehen Sie die Entwicklung in den einzelnen Staaten Zentralasiens?

In der Zentralasienstrategie gibt es zwei wesentliche Komponenten: die bilateralen Beziehungen zu jedem einzelnen zentralasiatischen Land, und die Regionalprogramme, die alle zentralasiatischen Staaten mit einschließen. Dass es diese beiden Komponenten gibt, hat damit zu tun, dass jedes Land einzigartig ist, auch wenn wir hier in Europa die Region allgemein heute als Zentralasien bezeichnen. Jedes Land hat eine andere Ressourcenausstattung, andere Voraussetzungen, eine eigene Sprache – es sind eben individuelle Länder. Ich möchte auf jedes Land einzeln eingehen.

Bei **Kirgistan** ist es so, dass das Land während der letzten zwei Jahre durch schwierige Zeiten gegangen ist. Die EU hat ihr Engagement in dieser Zeit erhöht. Die EU unterstützt dort auch Polizei-Projekte im Süden des Landes, wo es 2010 die blutigen Ausschreitungen gab. Wir wollen hier die Aussöhnung innerhalb des Landes und innerhalb eines multiethnischen Staates unterstützen.

Mit **Kasachstan** verhandelt die EU über ein neues, vertieftes Partnerschaftsabkommen. Das spiegelt die Tatsache wieder, dass Kasachstan sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehr schnell entwickelt hat. Insofern ist es ein sehr interessanter Partner für die EU. Ich hatte schon berichtet, dass wir mit Kasachstan auch zu dem Thema Rechtsstaatlichkeit eng zusammenarbeiten, das ist einer unserer Schwerpunkte mit Kasachstan.

Tadschikistan hat eine lange Grenze mit Afghanistan. Damit hat es ein besonderes Interesse am Schutz der Grenzen. Da gibt es EU-Programme, die hier auch greifen. BOMCA (Border Management Programme Central Asia) ist eines der wichtigsten. Wir sind aber auch bereit, mit Tadschikistan im Bereich Wasser und Energie, ländliche Entwicklung und an weiteren Themen zusammen zu arbeiten. Es ist immer noch eines der ärmsten Länder in der Region. Da sind diese Bereiche besonders wichtig.

Bei **Turkmenistan** ist Energie natürlich ein Schwerpunkt, aber nicht nur. Da geht es darum, den Transformationsprozess zu stützen hin zu einer Gesellschaft und zu einem Staat, der auf europäischen Standards ruht. Das ist weiter unser Ziel.

Usbekistan ist mit der EU durch eine schwierige Phase gegangen. Wir hatten einige Jahre eine EU-Sanktionspolitik. Inzwischen hat die EU die Beziehungen wieder aufgenommen. Es wurde eine EU-Delegation eröffnet. Die EU ist inzwischen in allen Ländern vertreten, sogar in Turkmenistan mit einem kleinen Verbindungsbüro. In Usbekistan haben wir auch ein großes Projekt im Bereich der Strafrechtsreform ins Leben gerufen, denn das ist für uns dort ein ganz wichtiger Bereich.

Wie sehen Sie das Zusammenspiel der Entwicklungen in Kasachstan?

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist für alle diese Länder prioritär. Ich glaube, gerade bei Kasachstan, aber auch Turkmenistan und Usbekistan, die ja im Moment ihre Entwicklung sehr stark auf den Rohstoffbereich stützen, wird es notwendig sein, wirtschaftlich zu diversifizieren. Aber alle Erfahrung belegt, dass kleine und mittlere Unternehmen, dass Vielfalt in der Wirtschaft und in vielen anderen Bereichen auch davon abhängt, dass Rechtsstaatlichkeit gewährleistet ist, und dass eben auch Mitspracherecht der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft gewährt werden.

Es hängt aus meiner Sicht beides zusammen. Deshalb halte ich es für außerordentlich wichtig, dass sich neben Strategien im Rohstoffbereich auch weitere Strategien entwickeln: das Parlament mit mehr Kräften gestalten, die Zivilgesellschaft einbeziehen, die Regionen einbeziehen. Es gibt große Unterschiede in der Entwicklung in bestimmten Regionen im Verhältnis zur Hauptstadt oder zu Almaty. Das sind alles Aufgaben, die ganz wichtig sind. Und wo eben auch die Erfahrungen und der Erfahrungsaustausch hilfreich sein können.

Wie sieht die EU die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten untereinander?

Da gibt es aus meiner Sicht ein durchaus differenziertes Bild. Einerseits schätzen wir, dass im Rahmen der verschiedenen regionalen Plattformen, die die EU eingerichtet hat, alle fünf Staaten aus der Region zusammenkommen und auch zusammenarbeiten. Die Plattformen beziehen sich auf die Bereiche Wasser und Umwelt, Rechtsstaatlichkeit und Bildung. Das ist sehr wichtig und auch sehr gut. Man muss aber auch festhalten, dass es viele Bereiche gibt, in denen die regionale Zusammenarbeit noch unzureichend entwickelt ist. Es gibt noch viele Grenzübergänge, die geschlossen bleiben. Es gibt immer noch viele Hürden und Hindernisse für Bewegungsfreiheit, aber auch für Handel und Austausch untereinander – es gibt immer wieder Spannungen zwischen benachbarten Ländern in der Region. Wir sehen gerade in diesem Bereich der regionalen Kooperation noch ein sehr großes ungenutztes Potenzial.

Die EU steht als Beispiel dafür, wie stark die regionale Entwicklung intensiviert und dynamisiert werden kann, wenn man ein integriertes Grenzmanagement hat und wenn man sich auf gleiche Standards einigt. Das ist das, wofür wir in den Kontakten mit den Zentralasiaten plädieren.

Welche Rolle hat der Drogenhandel als destabilisierender Faktor für die Region?

Es ist völlig klar, dass ist die Drogen, die aus Afghanistan stammen, über verschiedene Routen dann Russland oder auch die EU erreichen. Da sind wir im illegalen Bereich, und das ist einer der Bereiche, wo aus Sicht der EU die Zusammenarbeit intensiviert werden sollte. Es gibt auch EU-Programme, eines heißt CADAP. Da geht es darum, den Informationsaustausch zu intensivieren: Was passiert mit den Drogen, wo gehen sie durch? Da geht es auch um Nachfrage-Reduzierung. Ein Transitland wird auch immer ein Konsumland. Das ist etwas, was Sie in Zentralasien auch sehen. Und das wiederum auch nicht zur Stabilität dieser Gesellschaften beiträgt.

Wie sehen Sie die aktuelle Lage heute zwischen Usbekistan und Kirgistan?

Ich möchte zum einen daran erinnern, dass Usbekistan in dieser schwierigen Zeit 2010 eine konstruktive Rolle gespielt hat. Was ist 2010 passiert? Es gab die blutigen Auseinandersetzungen in der Region von Osch, im Süden Kirgistans, wo eben auch ethnische Usbeken innerhalb Kirgistans betroffen waren. Dann gab es eine große Fluchtwelle, die über die Grenze nach Usbekistan geschwappt ist. Man muss sagen, dass Usbekistan sich damals sehr besonnen und sehr konstruktiv verhalten hat, also zusammen gearbeitet hat mit internationalen Organisationen, um die Flüchtlinge zu versorgen. Und seinerseits in keiner Weise in den Konflikt eingegriffen hat, obwohl die Betroffenen auf der anderen Seite zum Teil Angehörige der gleichen ethnischen Gruppe, also Usbeken, waren.

Es gab damals auch sehr engen Kontakt zwischen den beiden Hauptstädten Bischkek und Taschkent. Nichtsdestotrotz, es gibt weiter Grenzzwischenfälle. Einige stammen aus den letzten Wochen. Das hat damit zu tun, dass die Grenze bis heute nicht ordentlich demarkiert ist. Und es gibt keine endgültige Vereinbarung, wo sie verläuft, und es gibt Enklaven. Und so gibt es usbekische Gebiete die vollständig innerhalb kirgisischen Territoriums liegen. Das ist immer eine schwierige Grundsituation.

Aus unserer Sicht, und dazu gibt es ein EU-Projekt, ist es notwendig, dass man sich endlich auf die Grenzen einigt, sie dann vernünftig markiert, und gleichzeitig eine gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit vereinbart, auch einen

kleinen Grenzverkehr und andere Regelungen. Das ist das Ziel. Aber da werden wir hart dafür arbeiten müssen, wenn wir das erreichen wollen.

Welche Rolle kann die EU dabei spielen?

Die EU kann zum Beispiel technische Unterstützung leisten. Es gibt einerseits Verhandlungen, die geführt werden müssen. Die müssen die beiden betroffenen Regierungen miteinander führen.

Aber wenn es um die technischen und die geophysischen Daten geht, also Indikatoren, die man braucht um festzustellen, wo die Grenze verläuft, oder um zu regeln, dass es Gebietstausch an bestimmter Stelle geben könnte, da haben sie Anforderungen an Daten, und da kann die EU durchaus helfen. Es gibt bereits ein laufendes Projekt in der Region, denn das gleiche Problem besteht zwischen anderen Ländern in der Region auch. Die EU hat dabei eine beratende und technisch unterstützende Rolle.

Wie sehen Sie den Truppenabzug aus Afghanistan und wie die Auswirkungen auf Zentralasien?

Es gibt eine große Sorge in der Region über die weitere Entwicklung in Afghanistan. Das nehme ich sehr deutlich wahr, und auch Frau Ashton hat das in ihren Gesprächen festgestellt, als sie im November dort war. Die Sorge ist insbesondere, dass destabilisierende Phänomene wie Drogenhandel, aber auch Infiltration durch terroristische Gruppen, terroristischen Fundamentalismus, aber auch andere Dinge sich verstärken könnten. Es gibt also die Sorge, dass der Abzug der Truppen dazu führt, dass die Lage weniger stabil ist, und dass dies Rückwirkungen auf Zentralasien hat. Das ist die große Sorge.

Andererseits gibt es ein großes Potential. Das ist der Grund, warum sich die EU so sehr in dem Heart of Asia, in dem Istanbul-Prozess, engagiert: Es gibt ein großes Potenzial, die Zusammenarbeit in der Region zum Positiven zu entwickeln.

Die zentralasiatischen Staaten haben keinen Zugang zu den Weltmeeren, sie sind Landgebiete. Ihr nächster Zugang zu den Weltmeeren wäre im Süden, durch Afghanistan und Pakistan und zum Persischen Golf. Es würde die Teilnahme am Welthandel enorm erleichtern, wenn es gelänge, diese Route zu öffnen.

Die zentralasiatischen Länder und Wirtschaften entwickeln sich. Mit die größten Märkte für Energie, aber auch für viele andere Dinge, sind natürlich in China, aber auch in Indien. Es wäre für die Gesamtregion von Vorteil, wenn man rund um Afghanistan die entsprechende Infrastruktur und auch die Mechanismen der Zusammenarbeit schaffen könnte, die es erlauben, dieses sehr große Potential der Region positiv zu nutzen.

Der Istanbul-Prozess, in diesem Rahmen haben sich Afghanistan und die Nachbarstaaten der Region und die internationale Gemeinschaft geeinigt, hat eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Davon will die EU drei unterstützen. Das eine ist die Unterstützung des Handels. Es ist ein Bereich, der enorm wichtig ist, um dann auch die soziale und wirtschaftliche Stabilisierung zu ermöglichen. Dann ist es der Kampf gegen Drogen und Drogenabhängigkeit, und drittens ist es die Katastrophenabwehr. Zentralasien ist eine Region, in der es viele Erdbeben und andere Gefährdungen gibt. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass man Afghanistan nicht nur unter dem Gesichtspunkt möglicher Risiken sieht, sondern auch die möglichen Chancen.

Zentralasien ist, so wie es im Moment ist, natürlich höher entwickelt, als viele Bereiche im benachbarten Afghanistan, nicht nur wirtschaftlich, aber auch was die Infrastruktur angeht. Hier könnte man durchaus positive Synergien schaffen. Was uns im Moment durch den Truppenabzug hilft: Die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für die Region wächst. Es ist damit allen klar, dass wenn wir verhindern wollen, dass wir dort eine Grauzone haben, wo sich Terrorismus und andere Strukturen entwickeln können, die dann eine weltweite Bedrohung darstellen, wenn wir das verhindern wollen, dann müssen wir mit allen in der Region intensiv zusammenarbeiten. Und dann gehören die zentralasiatischen Staaten auf jeden Fall dazu.

Warum soll sich ausgerechnet die EU für Zentralasien engagieren?

Die EU ist weltweit engagiert, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht. Die EU ist in Asien aktiv, in Lateinamerika, in vielen anderen Weltgegenden. Wir bewegen uns inzwischen auf globalen Märkten. Auch die EU muss ihre Kontakte und Einflussmöglichkeiten zur Geltung bringen. Man sollte nicht vergessen, Zentralasien ist auch geographisch noch ziemlich nahe an der EU. Mali ist nicht wesentlich näher als Zentralasien.

Das Argument der Entfernung sehe ich nicht. Was ich sehe, gerade wenn wir über Energieressourcen reden, oder sich entwickelnde Märkte, dann ist uns Zentralasien ziemlich nah. Wir wissen alle, wie sehr die EU und insbesondere Deutschland in den letzten 20 Jahren von der Entwicklung in Osteuropa profitiert haben. Und das sollten wir auch versuchen, in Zentralasien zu erreichen. Wir sind dort gern gesehene Partner. Es ist durchaus nicht so, dass die Zentralasiaten sagen würden, wir haben ja unseren großen anderen Nachbarn. Sie arbeiten gerade in bestimmten Bereichen gern mit der EU zusammen.

Überwiegt in Zentralasien die internationale Konkurrenz oder die Zusammenarbeit?

Es gibt eher eine Zusammenarbeit, es gibt verschiedene Schwerpunkte. Das chinesische Engagement ist sehr stark auf Infrastrukturprojekte konzentriert, die auch zweifellos nötig sind. Dann hat Russland seine traditionellen Beziehungen, die zum Teil auch wirtschaftlich weiter bestehen. Russland ist auch ein Arbeitsmarkt, auf dem viele zentralasiatische Migranten arbeiten, und so ihr Auskommen finden. Die EU ist wiederum ein Akteur, der sich für bestimmte Bereiche und Investitionen etabliert hat. Es gibt eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und anderen europäischen Firmen mit Zentralasiaten. Aber die EU ist eben auch ein Akteur, der in Bereiche geht wie Bildungs- und Austauschprogramme, der in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit sehr wirksam sein kann. Warum Rechtsstaatlichkeit? Zum einen, weil wir uns eben wirklich dafür engagieren. Das ist nicht bei allen Akteuren so. Aber zum zweiten, weil das Rechtssystem der Zentralasiaten ja tatsächlich auf einem kontinentaleuropäischen Fundament beruht. Das ist nicht fremd, wenn man so will. Und es gibt sehr gute Anknüpfungspunkte, die man nutzen kann, zusammen mit dem Europarat und anderen europäischen Institutionen.

Was kommt, wenn der Truppenabzug aus Afghanistan beendet ist?

Das Engagement der EU in Zentralasien ist auf längere Zeit angelegt. Das sieht man auch an der Zentralasienstrategie. Für jeden, der sich mit der Region beschäftigt, ist klar: Diese Entwicklungen in der Region werden Zeit brauchen. Das heißt, dass wir unsere Beziehungen in diesem Raum über längere Zeit entwickeln wollen. Das gilt für Investitionen im Energiebereich genauso wie in der Transformation der Gesellschaften und der Rechtsstaatlichkeit. Das sind alles langfristige Strategien, wo wir eben auch die strategische Geduld haben müssen, auf längere Sicht mit unseren Partnern zusammenarbeiten.

Vielen Dank!

Die Fragen stellte Birgit Wetzel am 21. Januar 2013.

Vom 15. Dezember 2012 bis 18. Januar 2013

Kasachstan

16.12.2012	In Almaty treffen sich Anhänger der Opposition am Unabhängigkeitsdenkmal zum Gedenken an die Opfer der Zusammenstöße in Schanaosen im Dezember 2011. Ähnliche Versammlungen finden auch in anderen Städten des Landes statt.
18.12.2012	Außenminister Jerlan Idrissow fordert in einem Interview mit der Agentur Interfax die NATO auf, im Kampf gegen Terrorismus und das organisierte internationale Verbrechen stärker mit der CSTO zusammenzuarbeiten.
18.12.2012	Das russische Unternehmen Polyus Gold kündigt an, seine Anteile an Goldabbauprojekten in Kasachstan unter der Voraussetzung staatlicher Zustimmung für 299 Mio. US-Dollar an lokale Firmen verkaufen zu wollen.
18.12.2012	Premier Serik Achmetow fordert, die Gebiete des Landes zu Investitionsmagneten zu machen und verlangt in diesem Zusammenhang die Aufhebung des Moratoriums für die Vergabe von Bergbaulizenzen.
21.12.2012	Eine neue offizielle Website mit dem Namen www.counter-terror.kz wird frei geschaltet. Die virtuelle Plattform soll über Gefahren des Extremismus aufklären und staatliche Maßnahmen zur Terrorabwehr erklären.
21.12.2012	Kasachstanische Grenzschützer finden in zwei aus Kirgistan kommenden Lastwagen 150 kg Drogen, die zwischen einer Warenladung Zwiebeln versteckt waren.
21.12.2012	Premier Achmetow trifft in Taschkent seinen usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über die bilateralen Handelsbeziehungen und aktuelle Sicherheitsfragen. Im Anschluss kommt Achmetow mit dem usbekischen Präsidenten Islam Karimow zusammen, der die wachsende Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern betont.
24.12.2012	Bei Chorgos (Gebiet Ostkasachstan) wird ein zweiter Grenzübergang nach China für den Schienenverkehr eröffnet, der in Zukunft den Grenzübergang Alataw (Gebiet Almaty) entlasten soll.
25.12.2012	Beim Absturz einer Militärmaschine nahe Schymkent (Gebiet Südkasachstan) kommen alle 27 Insassen, darunter auch der Chef des nationalen Grenzschutzdienstes, Turganbek Stambekow, ums Leben. Zur Untersuchung der Umstände des Absturzes wird eine Kommission eingerichtet.
25.12.2012	Ein Gericht in Almaty folgt dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die Zeitung Respublika und ihre Internetplattform sowie acht weitere Zeitungen zu verbieten. Die Chefredakteurin der Respublika, Tatjana Trubatschewa, kündigt an, im Rahmen der gesetzlichen Frist von 15 Tagen Berufung gegen das Urteil einlegen zu wollen.
26.12.2012	Das nationale Ölkonsortium KazMunaiGaz kündigt an, erst in zwei Monaten über ein mögliches Veto gegen den Verkauf von Anteilen der US Firma ConocoPhillips am Kaschagan Feld an den indischen Energiekonzern ONGC Videsh in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar zu entscheiden.
26.12.2012	Der Leiter des Grenzschutzes im Gebiet Südkasachstan, Abaj Brekeschew, wird vorübergehend zum neuen Chef des nationalen Grenzschutzes ernannt.
26.12.2012	Der Anwalt des am 11.12. wegen 15fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Wladislaw Tschelach legt Berufung gegen das Urteil ein.
27.12.2012	Das Parlament ratifiziert ein Abkommen mit Frankreich über die Nutzung eines Flughafens in Südkasachstan für den Abzug französischer Truppen aus Afghanistan und den Transport von Material per Zug über kasachstanisches Territorium.
27.12.2012	Die Schulden der von der Finanzkrise hart getroffenen BTA Bank werden nach Angaben des Mehrheitseigners Samruk-Kazyna in Folge von zwei Restrukturierungsrunden um mehr als 70 % auf 3,3 Mrd. US-Dollar verringert.
27.12.2012	Das Committee to Protect Journalists fordert die kasachstanischen Behörden auf, die Suche nach dem am 24.12. spurlos verschwundenen Gründer des Astana Presseklubs Sakon i Pravosudije (Gesetz und Gerechtigkeit), Tokbergen Abijew, zu intensivieren.
28.12.2012	Die Regierung gibt eine Rentenerhöhung um 9 % ab dem 1.1.2013 bekannt. Die Maßnahme dient dem Inflationsausgleich und lässt die durchschnittlichen Altersbezüge von 257 auf 281 US-Dollar steigen.
28.12.2012	Leila Chrapunowa, die Frau des ehemaligen Bürgermeisters von Almaty, Viktor Chrapunow, kündigt an, im Rahmen von Vorwürfen der Geldwäsche gegen ihre Familie mit der Staatsanwaltschaft in der Schweiz zusammenarbeiten zu wollen. In Kasachstan wurde Chrapunowa bereits im Oktober wegen des Verdachts der Geldwäsche auf die Liste gesuchter Personen gesetzt.

2.1.2013	Der am 24.12. verschwundene Gründer des Astana Presseklubs, Abijew, wird in einer Wohnung in Astana aufgespürt. Er erklärt, die Entführung selbst initiiert zu haben, um die Öffentlichkeit und staatliche Stellen auf seine Lage aufmerksam zu machen.
3.1.2013	Die staatliche Agentur für Statistik gibt bekannt, dass die Inflation in 2012 6 % betrug und die Preise für Lebensmittel um 5,3 % gestiegen sind.
4.1.2013	Präsident Nursultan Nasarbajew unterschreibt ein neues Antiterrorgesetz, das besonders präventive Maßnahmen wie öffentliche Aufklärungskampagnen, Antiterror-Unterricht in Schulen und verstärkte Kooperation mit religiösen Autoritäten vorsieht.
4.1.2013	Tengrinews teilt unter Verweis auf Angaben aus der Zentralbank mit, dass die Bruttoauslandsverschuldung des Landes von 125,2 Mrd. US-Dollar Anfang 2012 auf 134,9 Mrd. US-Dollar Ende September 2012 gestiegen ist.
8.1.2013	Der ehemalige Direktor der Zollbehörden, Serik Baimagchanbetow wird wegen Annahme von Bestechungsgeldern zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Er war im Februar 2012 verhaftet worden, nachdem er einen Stellvertreterposten in einer regionalen Zollverwaltung für 80.000 US-Dollar verkauft hatte.
8.1.2013	Tengrinews berichtet, dass einer anonymen Quelle zufolge gegenwärtig 30 % der Ölproduktion in Kasachstan von chinesischen Investoren kontrolliert werden und bis Ende 2013 ein Anstieg auf 40 % erwartet wird.
9.1.2013	Die EBRD vergibt an Kasachstan einen Kredit in Höhe von 196,5 Mio. US-Dollar zur Renovierung einer Schnellstraße, die von der Stadt Schymkent (Gebiet Südkasachstan) zur usbekischen Grenze führt.
9.1.2013	Präsident Nasarbajew betont in einer Presseerklärung, dass die geplante Umstellung der Schreibweise des Kasachischen auf lateinischen Buchstabe keine geopolitische Neuausrichtung des Landes bedeutet. Es wird eine Kommission die die schrittweise Einführung der neuen Schrift organisieren soll, eingesetzt.
9.1.2013	Die Medienrechtsorganisation Adil Soz (Gerechtes Wort) teilt mit, dass sie auf Grund finanzieller Probleme ihre Monitoring Arbeit einstellen muss.
10.1.2013	Der Direktor der Nationalbank, Grigorij Martschenko, erwartet eine Inflationsrate in Höhe von 6–8 % für das Jahr 2013 und ein Wirtschaftswachstum von 5–6 %.
10.1.2013	Das Außenministerium bestärkt in einer Erklärung die Bereitschaft Kasachstans, bei der Nutzung des Kosmodroms Baikonur eng mit Russland zusammenarbeiten zu wollen.
10.1.2013	Die staatliche Agentur für Statistik gibt bekannt, dass die Durchschnittslöhne im Land 2012 um 9,9 % auf 100.866 Tenge (662,37 US-Dollar) gestiegen sind, das sind real 4,1 %.
12.1.2013	In mehreren Bezirken des Gebiets Dschambyl kommt es durch einen Orkan zum Stromausfall und zur Unterbrechung der Wärmeversorgung; Straßen müssen gesperrt werden. Katastrophenhelfer sind im Einsatz. Auch aus den Gebieten Kysylorda und Süd-Kasachstan werden massive Schäden an Häusern und Straßen gemeldet.
14.1.2013	Die oppositionelle Nachrichtenwebsite Guljan.info stellt gemäß einer Gerichtsentscheidung vom 5.12.2012 ihre Tätigkeit ein, die Mitarbeiter werden entlassen.
15.1.2013	Eine Kammer des Obersten Gerichtes senkt die Freiheitsstrafen für drei im Mai 2012 wegen ihrer Teilnahme an den gewalttätigen Demonstrationen in Schetpe, nahe Schanaosen, im Dezember 2011 Verurteilte um zwei bis drei Jahre.
15.1.2013	Der stellvertretende Verteidigungsminister Nurlan Dschulamanow wird zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsdienstes und zum neuen Direktor des Grenzschutzes ernannt.
16.1.2013	Präsident Nasarbajew bildet die Regierung um: Der stellvertretende Premierminister Krymbek Kuscherbajew wird entlassen. Marat Taschin ersetzt im Amt des Staatssekretärs Muchtar Kul-Muchammed, der neuer Kultur- und Informationsminister wird. Ferner ernennt Nasarbajew Bachytschan Sagintajew zum Leiter des neuen Ministeriums für regionale Entwicklung und Jربولот Dosajew, bisher Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, zum Chef des neuen Ministeriums für Wirtschaft und Budgetplanung. Den ehemaligen Chef der staatlichen Agentur für Sportangelegenheiten, Talgat Jermegijajew, ernennt der Präsident zum Leiter der neu gegründeten Expo-2017 Gesellschaft.
17.12.2013	WTO-Chef Pascal Lamy äußert die Erwartung, dass Kasachstan angesichts der weit fortgeschrittenen Verhandlungen noch in diesem Jahr Mitglied der Organisation werde.
17.12.2013	Der Stahlproduzent ArcelorMittal kündigt an, wegen Absatzschwierigkeiten und Reparaturarbeiten in seinem Werk in Temirtau (Gebiet Karaganda) im Laufe des Jahres bis zu 3.000 Arbeiter zu entlassen.
17.1.2013	Der bisherige Vizepremier Krymbek Kuscherbajew wird zum neuen Akim des Gebiets Kysylorda ernannt.

18.1.2013	In einer Rede vor dem versammelten diplomatischen Korps betont Präsident Nasarbajew, dass die eurasische Integration mit Russland und Belarus sei ein Unternehmen souveräner Staaten sei, die nicht als Wiederauf- erstehung der Sowjetunion zu verstehen sei.
18.1.2013	Präsident Nasarbajew gibt bekannt, dass gegenwärtig eine Agentur für internationale Zusammenarbeit mit dem Namen KAZAID gegründet wird.
18.1.2013	Harmony Lessons, das Regiedebüt des kasachstanischen Regisseurs Emir Baigasin, wurde als einer der 19 Wettbewerbsfilme der 63. Berliner Filmfestspiele (Berlinale) ausgewählt.
21.1.2013	Ein Gericht in Schanaosen (Gebiet Mangistau) verurteilt zwei Angeklagte wegen der Ermordung von Aleksandr Boschenko zu Freiheitsstrafen von sechs bzw. sieben Jahren. Boschenko war als Zeuge der Anklage in Prozessen über die Ereignisse in Schanaosen im Dezember 2011 aufgetreten und im Oktober 2012 so schwer verletzt aufgefunden worden, dass er kurz darauf starb.
22.1.2013	Präsident Nasarbajew ordnet die Einrichtung einer Kommission an, die über die Anstellung von Mitarbeitern der staatlichen Sicherheitskräfte wachen soll.
22.1.2013	Präsident Nasarbajew ernennt den bisherigen Gouverneur des Gebiets Akmola, Kairat Koschamscharow, zum neuen Sekretär des Sicherheitsrats.
23.1.2013	Bei einem Treffen mit dem Chef von Kazatomprom, Wladimir Schkolnik, fordert Präsident Nasarbajew die Suche nach einem geeigneten Ort für den Bau eines Atomkraftwerks zu forcieren. Der Bau mehrerer solcher Kraftwerke ist in Strategiedokumenten noch für dieses Jahrzehnt geplant.
24.1.2013	Der staatliche Uranproduzent Kazatomprom erklärt, 2012 mit einem Ergebnis von 20.900 t gewonnenem Urans das Rekordergebnis von 2011 um 7,5 % übertroffen zu haben.
24.1.2013	Tengrinews berichtet, Präsident Nasarbajew habe bei einem Treffen mit Journalisten seinen Unmut darüber zum Ausdruck gebracht, dass die 10 Mrd. US-Dollar Unterstützung für kasachstanische Banken in der Finanzkrise ohne spürbaren Effekt eingesetzt worden sind.
24.1.2013	Kasachstan will 2013 den Start von nur 12 Proton-Raketen von Baikonur aus zulassen, fünf weniger als von der russischen Weltraumbehörde geplant. Die russische Seite erwägt daher die Aussetzung jüngster Vereinbarungen über einen gemeinsamen Weiterbetrieb des Weltraumbahnhofs.
24.1.2013	Präsident Nasarbajew beschuldigt Bürokraten und ihre Klans, hinter der verzögerten Aufhebung eines Moratoriums zur Vergabe von Abbaulizenzen zu stehen. Er beauftragt den stellvertretenden Premierminister Asset Issekeschew, innerhalb eines Monats einen Plan für eine entscheidende Verbesserung der Situation vorzulegen.
25.1.2013	Die staatliche Eisenbahngesellschaft Temir Scholu kündigt den Bau einer neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke an, mit der die Fahrtzeit zwischen den beiden Städten Astana und Almaty von 13 auf fünf Stunden reduziert werden soll.
25.1.2013	Während einer Kabinettsitzung kritisiert Präsident Nasarbajew die allzu schleppende Abgabe von Verantwortung und Funktionen zentraler Organe an die lokalen Selbstverwaltungen. Er macht Premier Achmetow für den Erfolg der Reform persönlich verantwortlich und fordert vom Minister für regionale Entwicklung, Baktyschan Sagintajew, eine Untersuchung innerhalb eines Monats.

Kirgistan

15.12.2012	Der Rat der Ulema wählt den seit Sommer kommissarisch tätigen Mufti Rachmatulla Hadschi Jegemberdijew zum neuen Großmufti von Kirgistan, obwohl die Staatsanwaltschaft wegen Steuervergehen gegen ihn ermittelt.
17.12.2012	Premierminister Dschantoro Satybaldijew äußert vor der Presse Bedenken bezüglich der aktuell diskutierten Gesetzesänderung über die Staatssprache, die hohe Geldstrafen bei Nichtbeherrschung des Kirgisischen vorsieht. Das Land sei darauf nicht vorbereitet, Staatsbeamte seien keine Linguisten, sondern Spezialisten in ihrem Fachgebiet.
18.12.2012	Präsident Almasbek Atambajew unterzeichnet den Vertrag über die Stationierung einer russischen Militärbasis, die am 20.9. unterzeichnet und am 13.12. vom Parlament gebilligt worden war.
18.12.2012	Präsident Atambajew fliegt zur Teilnahme am CSTO-Gipfel nach Moskau.
18.12.2012	Die Probleme bei der Energieversorgung Bischkeks nehmen bei Temperaturen von – 20° Celsius zu, allein stehende Häuser sind von der Versorgung ausgeschlossen, nur Mehretagenhäuser sind noch am Netz. Seit dem 15.12. werden der Norden des Landes und Teile Bischkeks nicht mehr mit Gas versorgt.
19.12.2012	Am Ende des CSTO-Gipfels in Moskau geht der Vorsitz der Organisation turnusgemäß von Kasachstan auf Kirgistan über.

20.12.2012	Die Schweizer Botschaft spendet dem nationalen Zentrum für Onkologie medizinische Geräte im Wert von 120.000 US-Dollar für Prävention und Früherkennung von Brustkrebs.
20.12.2012	In Osch nimmt der neue TV-Sender Yntymak (Einheit) den Sendebetrieb auf.
20.12.2012	Das US-Finanzministerium verhängt Sanktionen gegen zwei Mitglieder (Almanbet Anapijajew, Adilet Kase-now) der kriminellen Gruppe des zurzeit in Kirgistan in Haft befindlichen Schwerekriminellen Kamtschibek Kolbajew.
21.12.2012	Präsident Atambajew erörtert während seines Moskauaufenthaltes mit Gazprom-Chef Aleksej Miller Fragen der Energieversorgung Kirgistans.
25.12.2012	Premierminister Satybaldijew gibt vor der Presse bekannt, dass Russland ca. 3 Mrd. US-Dollar in den kirgisischen Energiesektor zu investieren beabsichtigt.
27.12.2012	Das Parlament verabschiedet den Etat für 2013. Erwarteten Einnahmen von 86,29 Mrd. Som (1,82 Mrd. US-Dollar) stehen geplante Ausgaben in Höhe von 103,22 Mrd. Som (2,18 Mrd. US-Dollar) gegenüber. Das Budgetdefizit beträgt 16,93 Mrd. Som (357,08 Mio. US-Dollar).
27.12.2012	In allen Gebieten Kirgistans muss die Stromversorgung eingeschränkt werden, nachdem einer der vier Generatoren des Toktogul-Wasserkraftwerkes ausgefallen ist.
28.12.2012	Marat Amankulow wird mit 34 zu zehn Stimmen zum Vorsitzenden des Stadtrates von Bischkek gewählt.
28.12.2012	Präsident Atambajew unterzeichnet ein Dekret, mit dem 2013 in Kirgistan zum Jahr des Arbeiters erklärt wird.
28.12.2012	In der Stadt Batken wird die neue dreisprachig kirgisisch, tadschikisch, russische Zeitung Dostuk/ Dusti/ Druschba (Freundschaft) vorgestellt, die im kirgisischen Gebiet Batken und im tadschikischen Sogd kostenlos verbreitet werden soll.
4.1.2013	Kirgistan und Usbekistan haben einen Vertrag über koordiniertes Vorgehen im gemeinsamen zentralasiatischen Stromnetz unterzeichnet, meldet Akipress.
6.1.2013	In der usbekischen Enklave Soch (Gebiet Batken) kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Bewohnern des in der Enklave gelegenen Dorfes Hoschjar. Fast 40 Kirgisen werden als Geiseln genommen, mehrere Autos zerstört. Auslöser war die Aufstellung von Hochspannungsmasten auf zur Enklave gehörendem Territorium.
7.1.2013	Alle Geiseln werden nach Verhandlungen wieder freigelassen. Die Grenztruppen Usbekistan und Kirgistans vereinbaren eine gemeinsame Untersuchung der Ereignisse.
7.1.2013	Der derzeitige OSZE-Vorsitzende und ukrainische Außenminister Leonid Koschara begrüßt die Freilassung der Geiseln in Soch, fordert beide Seiten zum Dialog auf und bietet die Unterstützung der OSZE an.
7.1.2013	In Bischkek werden zwei Journalistinnen, die von einer Suche nach illegalen Stromnutzern berichten, von einem Anwohner krankenhaushausreif geschlagen.
8.1.2013	Nach Angaben von Wirtschaftsminister Temir Sarijew betrug das Wirtschaftswachstum 2012 4%.
8.1.2013	Im Bezirk Usgen (Gebiet Osch) kommt es zu einer Massenschlägerei zwischen Kirgisen und Arbeitern der chinesischen Elektrizitätsfirma TWEA. 19 chinesische und neun kirgisische Staatsbürger werden schwer verletzt. Auslöser soll ein gestohlenes Handy gewesen sein.
9.1.2013	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Tazabek wird Kirgistan nach Unterzeichnung eines neuen Gasvertrages mit Usbekistan mit Gas zum Preis von 290 US-Dollar für 1.000 m ³ beliefert. Mit Kasachstan wurde ein Übereinkommen über Gaslieferungen im ersten Quartal 2013 zum Preis von 224 US-Dollar für 1.000 m ³ erreicht.
9.1.2013	Der staatliche Grenzdienst schließt vorübergehend mehrere Grenzübergänge nach Usbekistan im Gebiet Batken. Die Grenzübergänge der Enklave Soch waren bereits am Vortag geschlossen worden.
9.1.2013	Das Außenministerium weist in einer Erklärung usbekische Beschuldigungen wegen der Ereignisse in Soch bis zum Abschluss einer sorgfältigen Untersuchung als voreilig zurück. Eine kirgisische Untersuchungskommission wird eingerichtet.
9.1.2013	Der Gouverneur des Gebiets Batken, Jenischbek Rassakow, beklagt vor der Presse, dass er im Laufe des Jahres 2012 drei Briefe an den Gouverneur des usbekischen Gebiets Fergana mit der Bitte um gemeinsame Bemühungen in Soch gesandt habe ohne eine Antwort zu erhalten. Die aktuelle Lage in Soch sei instabil.
10.1.2013	Der Prozess gegen die Ata-Dschurt Politiker Kamtschibek Taschijew, Sadyr Dschaparow und Talant Mamytow wird ausgesetzt, nachdem ein Rechtsanwalt der drei Politiker die Unparteilichkeit des Richters in Zweifel gezogen hat.

10.1.2013	Präsident Atambajew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem Waffen und militärische Güter von Einfuhrzöllen befreit werden.
10.1.2013	Kirgisische Medien melden, dass der Gouverneur des usbekischen Gebiets Fergana, Schuchrat Ganijew, bei einem Treffen mit dem Gouverneur von Batken die Kompensation der materiellen Schäden der Ereignisse von Soch durch den usbekischen Staat zugesagt habe.
11.1.2013	Am Abend wird in Osch der Chef des Direktorats Süd der Abteilung zum Kampf mit dem organisierten Verbrechen und Korruption, Tolkunbek Schonojew, erschossen.
14.1.2013	Ein der Ermordung von Schonojew Verdächtiger wird verhaftet, nach weiteren wird gesucht. Das Verbrechen soll ein Racheakt der kriminellen Bande von Almambet Anapijajew sein.
14.1.2013	Im Bezirk Ala-Buka (Gebiet Dschalalabad) überschreiten drei usbekische Staatsbürger illegal die Grenze, verletzen einen Viehhirten schwer und stehlen ca. 100 Schafe; der Raub der übrigen Herde wird durch das Hinzukommen eines weiteren Hirten verhindert. Am Abend werden die meisten Tiere wieder ihren Besitzern übergeben.
14.1.2013	Der Rat für nachhaltige Entwicklung billigt die von Präsident Atambajew vorgestellte neue Strategie für nachhaltige Entwicklung. Das von 2013–2017 gültige Dokument hat zum Ziel, Kirgistan zu einem stabilen, demokratischen Staat mit einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft zu machen.
15.1.2013	24.kg meldet, dass Usbekistan acht kirgisischen Staatsbürgern, deren Autos bei den Unruhen in Soch zerstört worden waren, bereits eine Kompensation gezahlt hat. Insgesamt sollen sich die usbekischen Zahlungen auf 150.000 US-Dollar belaufen. Laut einer Meldung von Radio Ozodlik wurde das Geld nicht vom Staat, sondern von Businessmen in Soch aufgebracht.
16.1.2013	U.S. Assistant Secretary of State Robert Blake wird in Bischkek von Präsident Atambajew und Premierminister Satybaldijew zu Gesprächen empfangen. Atambajew unterstreicht, dass der Flughafen Manas ab 2014 ein rein ziviler Luftknotenpunkt sein werde.
16.1.2013	Die Regierung beschließt die Abschaffung des im Sommer 2010 gebildeten Direktorats für den Wiederaufbau von Osch und Dschalalabad. Seine Aufgaben werden von der Direktion für Bau und Entwicklung übernommen.
17.1.2013	Kirgisische Grenzsoldaten errichten einen Stacheldrahtzaun zwischen dem kirgisischen Dorf Tscharbak und dem in der usbekischen Enklave Soch gelegenen Hoschjar. Die Grenzübergänge nach Soch sind nach wie vor geschlossen, die Versorgungslage soll nach Medienberichten schlecht sein.
18.1.2013	Präsident Atambajew ernennt den bisherigen Vorsitzenden des Parlamentskomitees für Verteidigung und Sicherheit, Tokon Mamytow, zum neuen Vorsitzenden des Grenzschutzes.
19.1.2013	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzesentwurf, mit dem Kirgisisch zur einzigen Amtssprache wird. Übersetzungen ins Russische sollen nur noch bei Bedarf erfolgen.
19.1.2013	Der 1. Kongress der Veteranen wählt den ehemaligen General Anwar Sartajew zum Ombudsmann der Veteranen, da die zuständigen staatlichen Stellen nach Ansicht der Teilnehmer ihre Rechte nicht vertreten.
21.1.2013	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass 2012 in Bischkek 726 Demonstrationen stattgefunden haben, von denen 316 politisch und 410 sozioökonomisch motiviert waren. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen fanden 94 Prozesse statt.
22.1.2013	Nach Angaben des neuen Chefs des Grenzdienstes, Tokon Mamytow, sind 58 Einzelabschnitte von zusammen 200 km Länge der insgesamt 1.373 km langen Grenze zwischen Kirgistan und Usbekistan noch nicht delimitiert und demarkiert.
22.1.2013	Der Grenzschutz gibt bekannt, dass Usbekistan am 21.1. die Eisenbahngrenzübergänge nach Kirgistan im Fergana-Tal einseitig geschlossen hat.
22.1.2013	Premierminister Dschantoro Satybaldijew verspricht auf einer Sitzung über die Probleme des Gebietes Batken rasche Maßnahmen zur Lösung der Probleme der an die Enklave Soch grenzenden kirgisischen Dörfer, insbesondere beim Straßenbau, der Sicherstellung der Wasser- und Energieversorgung sowie der Bereitstellung von Brennmaterial, Lebensmitteln und Medikamenten.
23.1.2013	Das Parlament wählt in zwei Wahlgängen Tursunbek Akun erneut zum Ombudsmann.
23.1.2013	RFE/RL meldet, dass seit dem 21.1. in Bischkek Verhandlungen zwischen tadschikischen und kirgisischen Delegationen über die Festlegung der strittigen Abschnitte der gemeinsamen Grenze stattfinden. Von den 970 km der gemeinsamen Grenzen waren 1991 nur 519 km definiert. Die jetzigen Verhandlungen sind auf einen 40 km langen Grenzabschnitt konzentriert.

23.1.2013	Bei einem Gespräch mit Notstandsminister Kubatbek Bornow bringt der stellvertretende Landeschef des World Food Programme, Michael Huggins, die Bereitschaft seiner Organisation zum Ausdruck, bei der Versorgung der Dörfer rings um Soch zu helfen.
23.1.2013	Usbekistan blockiert den Zugang zu der in seinem Territorium (Gebiet Andischan) liegenden kirgisischen Enklave Barak, Nahrungsmittel sollen bereits knapp sein.
24.1.2013	Der US-Luftwaffenstützpunkt Manas soll dem Staat laut einer Meldung von Akipress 2012 Einkünfte von insgesamt 142 Mio. US-Dollar gebracht haben.
24.1.2013	Osmonbek Artykbajew, der Chef der staatlichen Inspektion für die Sicherheit von Umwelt und Technik, kündigt die Ausstellung von Strafbefehlen in Höhe von 160 Mio. US-Dollar für Centerra Gold, die Bergbauergesellschaft der größten Goldabbaustätte Kirgistans, Kumtor, an, weil sie geforderte Umweltmaßnahmen nicht erfüllt hat.
24.1.2013	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung eine Gesetzesänderung, mit der die Höchststrafe für Korruption auf 20 Jahre mit zusätzlicher Konfiszierung des Eigentums heraufgesetzt wird.
24.1.2013	Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft stellt aus Geldmangel das Programm zur Versorgung von 100 ausgewählten Schulen mit modernem Unterrichtsequipment ein.
25.1.2013	Nach Angaben des Grenzdienstes wurde ein Übereinkommen mit Usbekistan über die Versorgung der Enklaven Soch, Schachirmarden und Barak mit humanitären Hilfsgütern getroffen. Die Aktion ist bereits angelaufen.
25.1.2013	Bei einem Treffen in Baku geben die Chefs der Truppen der Innenministerien und der Polizei von Aserbajdschan, der Türkei und Kirgistan die Bildung der Eurasian Military-Status Law-Enforcement Organization bekannt.

Tadschikistan

18.12.2012	Präsident Emomali Rachmon wird in Ankara von seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül empfangen. Während des viertägigen Türkei-besuches des tadschikischen Staatsoberhauptes wurden insgesamt 16 Verträge unterzeichnet.
19.12.2012	Das Unterhaus des Parlaments verabschiedet ein Gesetz über die Sanktionierung häuslicher Gewalt.
19.12.2012	Eine Delegation des Unterhauses des Parlaments hält sich zu einem dreitägigen Informationsaustausch mit kirgisischen Parlamentariern in Bischkek auf.
20.12.2012	RIA Novosti meldet, Tadschikistan habe sein Interesse an einem Beitritt zur Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan bekundet.
21.12.2012	Nach Angaben von Avesta musste die größte Zementfabrik des Landes die Produktion wegen Gasmangel einstellen. Das importierte Gas wird zurzeit ganz für die Wärmeproduktion verwendet.
22.12.2012	Mehrere Medien melden, dass der tadschikische Kommunikationsdienst die zuständigen Provider angewiesen habe, mehr als 130 Websites, darunter auch das beliebte russische Pendant zu Facebook, Odnoklassniki, zu sperren.
22.12.2012	Interfax meldet, dass in Geschäften Duschanbes eine Box mit 27 DVDs zum Preis von 270 Somoni (56,7 US-Dollar) ausliegt, auf denen die zwanzigjährige Amtszeit von Präsident Rachmon dokumentiert ist.
24.12.2012	Der Führer der oppositionellen Gruppe 24, Umarali Kuwatow, wird auf tadschikisches Ersuchen auf dem Flughafen von Dubai verhaftet. Die Gruppe hatte sich in Reaktion auf das Vorgehen von Regierungstruppen in Berg-Badachschan im August 2012 gebildet.
25.12.2012	Premierminister Akil Akilow bittet in einem Telegramm seinen usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew um Hilfe bei der Lösung der Gaslieferprobleme. Usbekistan hatte am Tag zuvor seine Lieferung an Tadschikistan reduziert und für den 31.12., dem Tag des Auslaufens des aktuellen Vertrages, eine totale Einstellung angekündigt. Verhandlungen für 2013 sind im Gange, aber noch nicht abgeschlossen.
25.12.2012	Die Nationalbank setzt neue Fünf- und Zehn-Somoni-Scheine in Umlauf, die mit einem neuen Fälschungsschutz versehen sind.
26.12.2012	Nach einer Meldung von Asia-Plus hat der Kommunikationsdienst der Regierung den Beschluss, mehr als 130 Websites zu blockieren, zurückgezogen.
27.12.2012	Ein Gericht in Chudschand verurteilt einen Mitarbeiter des Innenministeriums wegen der Anwendung von Folter bei einem Verhör zu einer einjährigen Haftstrafe.
28.12.2012	Die französische Firma VINCI beginnt mit dem Bau des neuen Terminals auf dem Flughafen von Duschanbe.

31.12.2012	Bereits zwölf Stunden vor dem Ablaufen des Gasvertrages mit Usbekistan kommt kein Gas mehr aus dem Nachbarland.
31.12.2012	In seiner im Fernsehen übertragenen Rede zum Neuen Jahr erklärt Präsident Rachmon 2012 zu einem erfolgreichen Jahr für Tadschikistan. Es seien für Einheit, Frieden und Stabilität des Landes notwendige Schritte getan worden, außerdem nennt der Präsident den WTO-Beitritt und die Fertigstellung des Schariston-Tunnels.
3.1.2013	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet ein Abkommen mit der Nato über finanzielle und technische Unterstützung bei der Suche nach Antipersonenminen. Die Mitgliedsländer der Nato stellen hierfür 575.000 Euro zur Verfügung.
8.1.2013	Adurachim Cholikow, Chef des Komitees für religiöse Angelegenheiten, dementiert Meldungen, dass sein Amt Schritte zur Festlegung einer erlaubten Länge von Bärten eingeleitet habe.
9.1.2013	Tadschikistan richtet einen offiziellen Auslieferungsantrag für Umarali Kuwatow, dem die Unterschlagung von 1,2 Mio. US-Dollar zur Last gelegt wird, an die VAR.
10.1.2013	In der Nacht werden in der Nähe der Grenze zu Usbekistan im Bezirk Maschoh (Gebiet Sogd) drei der Mitgliedschaft in der IMU Verdächtige verhaftet, ein Polizist wird verletzt.
10.1.2013	Die iranische Nachrichtenagentur FNA meldet, dass Tadschikistan das zentralasiatische Land mit den meisten offiziell registrierten Moscheen (3.938) sei.
11.1.2013	Finanzminister Safarali Naimiddinow und die Islamische Entwicklungsbank unterzeichnen ein Abkommen zur Bekämpfung des Analphabetismus als Teil der Armutsbekämpfung in Höhe von 11 Mio. US-Dollar bis 2016.
11.1.2013	Bei YouTube taucht eine einen Schwiegersohn Präsident Rachmons politisch kompromittierende Aufzeichnung eines Gesprächs auf. Unterstützer des in Katar in Untersuchungshaft sitzenden Umarali Kuwatow kündigen weitere derartige Veröffentlichungen an, sollte der Auslieferungsantrag weiter verfolgt werden.
13.1.2013	Eine zweite kompromittierende Aufnahme eines Gesprächs zwischen Kuwatow und Präsidentenschwiegersohn Schamsullo Suhibow wird bei YouTube eingestellt.
14.1.2013	Nahe der Grenze zu Usbekistan in Konibodom (Gebiet Sogd) wird ein Polizeioffizier von Unbekannten erschossen, ein weiterer verletzt.
14.1.2013	Nach Angaben der Agentur für Statistik lag die Inflationsrate 2012 bei 6,4%, der Verbraucherpreisindex bei 5,6%.
15.1.2013	Die BBC meldet, dass tadschikische Sicherheitskräfte 2012 insgesamt ca. 6 t Drogen beschlagnahmt haben, das ist eine Steigerung um 41% gegenüber dem Vorjahr.
15.1.2013	Laut Asia-Plus wuchs der tadschikische Außenhandel 2012 um 15%, die Handelsbilanz war negativ. Der Außenhandelsumsatz lag bei 5.137,6 Mio. US-Dollar.
17.1.2013	Das Innenministerium führt in Duschanbe Hausdurchsuchungen nach illegalen Ausländern durch. Die Zahl von Ausländern, vor allem aus Afghanistan, China, Iran und Usbekistan, soll in Tadschikistan in letzter Zeit stark zugenommen haben.
17.1.2013	Während eines Treffens von Außenminister Hamrochon Zarifi mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Duschanbe wird ein Kooperationsabkommen zwischen beiden Ministerien unterzeichnet.
17.1.2013	Die untere Kammer des Parlaments ratifiziert das tadschikisch-chinesische Grenzabkommen vom Juni 2012.
17.1.2013	Erneut sind Facebook und die Nachrichtenwebsite von RFE/RL nur unter Schwierigkeiten zugänglich. Der Chef des staatlichen Kommunikationsdienstes, Beg Suchurow, bestreitet staatliche Anordnungen und macht technische Probleme verantwortlich.
18.1.2013	Das Oberste Gericht verurteilt Dilowarscho Kosimow wegen der Ermordung des Schwiegersohnes von Präsident Rachmon, Cholmumin Safarow, im Juni 2012 zu einer Freiheitsstrafe von 26 Jahren. Zwei weitere Angeklagte werden zu drei und acht Jahren Gefängnis verurteilt.
21.1.2013	Die untere Kammer des Parlaments stimmt gegen mehrere von der Partei der Islamischen Wiedergeburt eingebrachte Änderungen des Wahlrechts, u. a. die Forderung, dass alle Parteien gleich in den Wahlkommissionen vertreten sein sollen und dass ein Präsidentschaftskandidat die Unterstützung von 2% und nicht wie bisher 5% der Wähler des Landes nachweisen muss.
21.1.2013	Der Generaldirektor von Tajik Air, Firus Hamrojew, gibt vor der Presse bekannt, dass die hoch verschuldete Gesellschaft mehrere nicht profitable internationale Verbindungen eingestellt hat, namentlich Flüge von Duschanbe nach Islamabad, Baku, Neu-Dehli und Dubai. Die Gesamtzahl der Passagiere sei 2012 um fast 50.000 gesunken.

21.1.2013	Amnesty International ruft die tadschikische Führung auf, der Juristenvereinigung Amparo die Tätigkeit wieder zu erlauben. Am 15.1. hatte ein Berufungsgericht in Chudschand trotz internationalen Engagements bis hin zu EU-Außenkommissarin Catherine Ashton das Verbot der Gruppe von Ende Oktober 2012 bestätigt.
21.1.2013	Außenminister Hamrochon Zarifi betont vor der Presse die tadschikische Bereitschaft zu Gesprächen mit Usbekistan, sein Land sei bereit jede Möglichkeit zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu nutzen.
21.1.2013	Afghanistan gibt zwei während eines Steuerstreits im Sommer 2012 beschlagnahmte tadschikische Hubschrauber zurück.
22.1.2013	ITAR/TASS meldet, dass im Zusammenhang mit dem Mord an General Abdullo Nasarow im Juli 2012 zwei tadschikische Staatsbürger aus Berg-Badachschan (GBO) verhaftet wurden. Die Ermordung Nasarows war Auslöser des Militärschlags gegen die Hauptstadt von GBO, Chorog, gewesen.
22.1.2013	Tadschikistan eröffnet eine Botschaft in Kuwait.
24.1.2013	Unter Leitung von Präsident Emomali Rahmon findet eine Sitzung des Sicherheitsrates statt, auf der die Ergebnisse 2012 und die Aufgaben 2013 erörtert werden. Der Präsident warnt vor den Gefahren des Besuchs illegaler muslimischer Schulen im Ausland.
25.1.2013	Die Regierung reduziert auf Rat der Weltbank den Anteil der Finanzierung aus dem Staatshaushalt für den Bau des Wasserkraftwerkes von Rogun von ursprüngliche 1,2 Mrd. Somoni (252 Mio. US-Dollar) auf 946 Mio. Somoni (198,7 Mio. US-Dollar).

Turkmenistan

17.12.2012	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow ordnet an, dass die verschiedenen Zweige der landeseigenen Eisenbahnen in einem zentralen Unternehmen zusammengefasst werden.
17.12.2012	Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur sieht eine neue Wirtschaftsstrategie die Entwicklung der Wirtschaft des Landes in drei Stufen vor. Bis 2015 soll die Wirtschaft diversifiziert werden, anschließend in den Jahren bis 2020 eine Marktwirtschaft etabliert und bis zum Jahr 2030 eine hoch entwickelte Wirtschaft aufgebaut werden.
18.12.2012	Iran erklärt sich nach Gesprächen zwischen Vertretern beider Staaten einverstanden, im Austausch für 40 Mio. m ³ Gas pro Tag Technologie und Ausrüstung für die turkmenische Energiewirtschaft zu liefern.
21.12.2012	Anlässlich des Gedenktages für den ersten Präsidenten der Republik, Saparmurat Nijasow, werden in den Moscheen des Landes Gebete gesprochen.
28.12.2012	Bei einer gemeinsamen Sitzung von Sicherheitsrat und Regierung zieht Präsident Berdymuchammedow eine Bilanz der Regierungsarbeit: 2012 wurden 53 Kabinettsitzungen, ca. 60 Videokonferenzen und 14 Sicherheitsratssitzungen abgehalten.
28.12.2012	Präsident Berdymuchammedow rügt Energieminister Murad Artykow für die Störungen in der Energieversorgung während des Winters.
1.1.2013	Präsident Berdymuchammedow gratuliert den Bürgern des Landes schriftlich zum neuen Jahr und würdigt die Entwicklung Turkmenistans hin zu einer Wirtschaftsmacht, die sich einen Platz unter den sich harmonisch entwickelnden Staaten verdient hat.
3.1.2013	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein neues Gesetz, das Medienzensur verbietet und Repressionen seitens staatlicher Stellen gegen Journalisten unterbinden soll.
4.1.2013	Der Direktor des staatlichen Kraftwerks in der Stadt Mary (Gebiet Mary), Altymyrat Gurbangeldijew, wird wegen schlechter Amtsführung entlassen und durch Owesdurdy Tschaschajew ersetzt. Dieser erhält den Auftrag, die Renovierungsarbeiten am Kraftwerk voranzutreiben und Pläne für neue Kraftwerke im Gebiet zu entwickeln.
10.1.2013	Central Asia Online berichtet unter Verweis auf eine Quelle in der staatlichen Statistikbehörde, dass die landesweite Volkszählung am 26.12. erfolgreich abgeschlossen wurde und erste, vorläufige Ergebnisse im Juli 2013 zu erwarten sind.

11.1.2013	Während einer Kabinettsitzung tauscht Präsident Berdymuchammedow mehrere Minister aus: Der Chef des staatlichen Energieunternehmens Turkmengaz, Sachetmyrad Mammedow, wird wegen schlechter Amtsführung entlassen und Kakageldi Abdyllajew, der geschäftsführenden Minister für Energiewirtschaft und Bergbau, zum neuen Direktor ernannt. Neuer Minister für Energiewirtschaft und Bergbau wird Muchammetnur Chalylow. Ebenfalls wegen schlechter Amtsführung entlässt der Präsident den stellvertretenden Premierminister für das Eisenbahnwesen, Rosymyrat Sejtikulyjew, und beauftragt den stellvertretenden Premierminister für Transportfragen, Akmyrat Egelejew mit der geschäftsführenden Verwaltung des Amtes. Nurmammedow Meljajewitsch ersetzt im Amt den Bürgermeister von Aschchabad, Schamuchammet Durdylyjew, der neuer stellvertretender Premierminister für das Bauwesen wird. Schließlich ernennt Berdymuchammedow zum neuen Minister für Wirtschaft und Entwicklung Babamyrat Taganow, zum neuen Minister für das Verkehrswesen Mele Gurbandurdyjew und zum neuen Minister für Gemeinwesen Satlyk Satlykow, ehemals Vorsteher des Gebiets Balkan.
11.1.2013	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret für die Durchführung eines Privatisierungsprogramms für den Zeitraum 2013 bis 2016. Verkauft werden sollen Firmen in den Bereichen Bau, Kommunikation und Transport, nicht aber Unternehmen in der Energiewirtschaft.
12.1.2013	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass der Auftrag für den Bau eines neuen Flughafens in Aschchabad in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar an die türkische Firma Polimeks vergeben worden ist.
14.1.2013	In einer Rede vor dem Parlament fordert Präsident Berdymuchammedow mildere Strafgesetze und die verstärkte Nutzung von Geldstrafen bei kleineren Vergehen.
15.1.2013	US Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs Robert Blake trifft in Aschchabad zu einem offiziellen Besuch ein. Bei Gesprächen mit hochrangigen Staatsvertretern und mit Angehörigen der Zivilgesellschaft geht es um Fragen der Sicherheit, um Menschenrechte und um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
19.1.2013	Präsident Berdymuchammedow beauftragt den stellvertretenden Premierminister Annamuchammet Gotschijew, mit der WTO Verhandlungen über eine Aufnahme Turkmenistans einzuleiten.
20.1.2013	Präsident Berdymuchammedow rügt den stellvertretenden Premierminister und Direktor der Agentur für die Verwaltung und Nutzung fossiler Brennstoffe, Jagschigeldi Kakajew, für schwere Mängel in der Ausführung seiner Amtstätigkeit.
22.1.2013	Central Asia Online berichtet, dass die staatliche Verlagsanstalt plant, 2013 die Veröffentlichung neuer Buchtitel um ein Drittel zu steigern, darunter auch vermehrt Übersetzungen fremdsprachiger Werke.
23.1.2013	Präsident Berdymuchammedow empfängt den ukrainischen Außenminister und Vorsitzenden der OSZE, Leonid Koschara, zu einem offiziellen Besuch. Nach den Worten Koscharas hofft sein Land auf eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Turkmenistan, die 2009 eingestellt worden waren.
23.1.2013	Nach Angaben des staatlichen Informationsdienstes wird eine staatliche Buchführung für die Erfassung ausländischer Stipendien und Hilfszahlungen an zivilgesellschaftliche Organisationen im Land eingerichtet. Außerdem wird eine Kommission eingerichtet, welche die Tätigkeiten der Spenderorganisationen kontrollieren soll.
24.1.2013	Nach Angaben von Turkmenistan.ru treffen sich in Aschchabad die Afghanistankoordinatoren der zentralasiatischen Länder (außer Usbekistan) sowie der Türkei, Irans, Indiens, Pakistans, Russlands, Deutschlands, Italiens, Großbritanniens und der USA zu einem Meinungsaustausch über Hilfe für Afghanistan.
25.1.2013	Präsident Berdymuchammedow ordnet die Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Prüfung und Vorbereitung eines Beitritts Turkmenistans zur WTO und einer sicheren Integration in die globale Wirtschaft an.
25.1.2013	Präsident Berdymuchammedow verlangt Änderungen bei den Angaben über die Besitzverhältnisse staatlicher Medien. Insbesondere soll die übliche Erklärung »Eigentümer: Der Präsident Turkmenistans« ersetzt werden durch konkrete Angaben über verantwortliche staatliche Agenturen.
25.1.2013	Präsident Berdymuchammedow ermächtigt die staatliche Gasfördergesellschaft Turkmengas, für eine möglichst zügige Erschließung des gigantischen Gasfeldes Galkynysch mit geschätzten Reserven von 26,2 Bio. m ³ Gas Verträge mit den ausländischen Investoren Halliburton Eurasia (Zypern) und Western Atlas International Inc. und Weatherford Oil Tool M.E. Ltd. (beide British Virgin Islands), abzuschließen.

Usbekistan

17.12.2012	Durch eine Resolution des Finanzministeriums werden die Mindestpreise für Alkohol ab 1.1.2013 angehoben, ein Liter Wein z. B. muss dann mindestens 2.750 Sum (1,39 US-Dollar) kosten, bisher lag die Grenze bei 2.000 Sum (1,01 US-Dollar).
------------	---

17.12.2012	Usbekische Menschenrechtler melden, dass der Häftling Murad Dschurajew zum fünften Mal in Folge zu einer Haftverlängerung verurteilt wurde. Der ehemalige Parlamentarier und Vorsitzende des Stadtrats von Mubarak (Gebiet Kaschkadarja) war 1994 wegen Verdachts auf Kontakt mit der oppositionellen Partei Erk verhaftet worden und ist seither fortlaufend im Gefängnis.
18.12.2012	Präsident Islam Karimow trifft mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen zusammen. Am Vortag war Lawrow mit seinem usbekischen Amtskollegen Abulasis Kamilow zusammengetroffen.
18.12.2012	Das Gesetz über das Verbot der Einmischung staatlicher Institutionen in die Tätigkeit privater Banken und Finanzinstitutionen tritt in Kraft.
19.12.2012	Auf dem CSTO-Gipfel in Moskau wird der Antrag auf Austritt Usbekistans aus der Organisation offiziell.
20.12.2012	FergananeWS.com meldet, dass die Altersgrenzen und die Höhe der Bezüge der Unterstützung für kinderreiche Familien gesenkt wurden.
20.12.2012	Das Uzbek-German Forum for Human Rights kommt in seinem Jahresbericht über die Baumwollernte 2012 zu dem Ergebnis, dass das System nach wie vor auf Zwangsarbeit beruhe, in diesem Jahr aber eher ältere Kinder und Erwachsene eingesetzt worden seien.
24.12.2012	Während des Arbeitsbesuches einer Delegation der russischen Gazprom in Taschkent wird der Vertrag für 2013 unterzeichnet. Das russische Unternehmen wird Usbekistan 7,5 Mrd. m ³ Gas zum Preis von 253 US-Dollar pro m ³ abkaufen und damit ca. 1,2 Mrd. m ³ weniger als 2012.
25.12.2012	Präsident Karimow unterzeichnet das Gesetz über operative Ermittlungstätigkeit und das Gesetz über Eiluntersuchungen, die Folter sowie Aktionen, die Leben und Gesundheit wie auch die Würde der Verdächtigen bedrohen, ausdrücklich untersagen.
26.12.2012	Präsident Karimow ernennt Eldor Aripow zum neuen stellvertretenden Außenminister. Laut Uzmtronom soll er sich besonders um die Beziehungen zur GUS und SOC kümmern.
26.12.2012	Präsident Karimow unterzeichnet Änderungen und Ergänzungen verschiedener Steuer- und Etatgesetze, mit denen die Geschäftsbedingungen durch Senkung der Steuerlast und Vereinfachung der Buchführung verbessert werden. Steuern für Privatpersonen werden ebenfalls gesenkt.
27.12.2012	FergananeWS.com meldet unter Berufung auf usbekische Menschenrechtler, dass der bereits mehrfach wegen religiösem Extremismus verfolgte Schowkat Nurmatow am 14.12. an den Folgen von Folter in Untersuchungshaft gestorben ist.
27.12.2012	Witalij Ponomarjow vom russischen Menschenrechtszentrum Memorial beklagt in einer Erklärung, dass Mitarbeiter des usbekischen Komitees für Staatssicherheit illegal in Russland tätig seien und usbekische Staatsbürger in russischen Haftanstalten bedrohen würden.
29.12.2012	Das erst im April 2012 in Kraft getretene Gesetz über Kreditgenossenschaften wird wieder abgeschafft.
31.12.2012	Zwei neue digitale Fernsehsender nehmen den Betrieb auf. Madaniyat va ma'rifat (Kultur und Aufklärung) widmet sich der Hochkultur, Dunyo bo'ylab (Um die Welt) bringt Beiträge zur Geographie, Geschichte und über Kulturen der Welt.
31.12.2012	Präsident Karimow erklärt in seiner Neujahrsansprache, dass Usbekistan im Gegensatz zu vielen anderen Staaten der Welt 2012 ein Wirtschaftswachstum von 8,2% und steigende Reallöhne verzeichnen konnte und kündigt ein weiteres Ansteigen an.
31.12.2012	Die über die Grenzen Usbekistans hinaus bekannte Pop-Sängerin Dschuldus Usmanowa veröffentlicht einen der Präsidententochter Gulnara Karimowa gewidmeten Song. Usmanowa war jahrelang in Usbekistan nicht aufgetreten und nicht gesendet worden, seit ca. einem Jahr war eine Annäherung an Gulnara Karimowa zu beobachten.
1.1.2013	Die Benzinpreise werden um durchschnittlich 40 Sum (0,02 US-Dollar) pro Liter angehoben.
1.1.2013	Die Verbrauchsteuer für importierten Tabak bzw. importierte Tabakprodukte wird angehoben, für 1.000 Zigaretten z. B. müssen statt bisher 13 US-Dollar jetzt 18,2 US-Dollar gezahlt werden.
1.1.2013	Ausländische Fluggesellschaften dürfen in Usbekistan ab sofort unabhängig vom Ziel ihre Tickets gegen Valuta verkaufen.
1.1.2013	Die Frist für die Abwicklung der Zollformalitäten für Güter und Autos wird von zehn auf drei Tage herabgesetzt.

1.1.2013	Ein Verbot für den Transport von Flüssiggas (LNG) auf usbekischem Staatsgebiet tritt in Kraft. Nach Angaben des Außenministeriums dient es der nationalen Sicherheit und dem Schutz von Umwelt und Gesundheit. Ein großer Teil der Autos im tadschikischen Gebiet Sogd wird mit aus Kasachstan stammendem Flüssiggas betrieben, das nur durch Usbekistan dorthin gelangen kann.
4.1.2013	Eine neue gesetzliche Regelung, nach der illegale Ein- und Ausreise aus Usbekistan mit Haftstrafen bis zu zehn Jahren bestraft werden kann, tritt in Kraft.
4.1.2013	Die Menschenrechtlerin Gulnasa Juldaschewa wird durch die Amnestie zum 20. Jahrestag der Verfassung vorzeitig aus der Haft entlassen.
4.1.2013	Usbekische Grenzsoldaten erschießen einen Kirgisen bei dem Versuch, die gemeinsame Staatsgrenze illegal zu überschreiten.
7.1.2013	Der nationale Sicherheitsdienst beschuldigt in einer Erklärung die kirgisischen Grenztruppen, die Auseinandersetzungen in Soch durch Schüsse auf protestierende Dorfbewohner ausgelöst zu haben und beklagt die Verletzung von fünf usbekischen Grenzern.
7.1.2013	Ein Gericht im Gebiet Taschkent verurteilt acht Angeklagte wegen Zugehörigkeit zu extremistischen muslimischen Strömungen (Wahhabismus) zu Freiheitsstrafen zwischen acht und 18 Jahren.
9.1.2013	In Taschkent wurden Ende Dezember vier muslimische Gläubige unter dem Vorwurf islamistischer Aktivitäten verhaftet, berichten Menschenrechtler.
9.1.2013	Fergananeews.com meldet, dass Lehrer dienstlich verpflichtet wurden, die Aktivitäten von Schülern und Studenten in Internetcafes zu kontrollieren und überwachen.
10.1.2013	Usbekistan Airways erhöht ab sofort seine Preise um 20 %.
12.1.2013	Die schwedische Staatsanwaltschaft veröffentlicht weitere Dokumente, die eine enge finanzielle Verbindung von Präsidententochter Gulnara Karimowa mit dem Korruptionsfall um die Telekommunikationsfirma Telia-Sonera belegen.
13.1.2013	Mit einer neu in Kraft tretenden Regierungsverordnung wird die Zahl der Berufe, die zu einem fünf bis zehn Jahre früheren Rentenantritt berechtigen, ab sofort erheblich eingeschränkt.
14.1.2013	Uzdaily.com meldet, dass Usbekistan bis 2015 8,5 Mrd. US-Dollar in die Verbesserung der Transportinfrastruktur zu investieren beabsichtigt.
14.1.2013	Die Regierung verabschiedet einen Erlass über einen Preisnachlass von 12 % für Benzin und Diesel rückwirkend ab 1.1. für Tankstellen, die von Uzbekneftgaz geliefert werden. Zu Jahresbeginn war es zu erheblichen Preissteigerungen für Benzin durch höhere Steuern gekommen.
14.1.2013	Nach Angaben von GM Usbekistan wurden 2012 123.000 Autos auf dem usbekischen Markt verkauft.
14.1.2013	Die russische MTS entlässt alle ca. 350 Mitarbeiter ihrer usbekischen Tochterfirma Uzdunrobot, die seit der Einstellung der Geschäftstätigkeit der Mobilfunkfirma im Sommer auf eine Wiederaufnahme gewartet hatten. Noch am 25.12.2012 war von einer baldigen Wiederaufnahme der Geschäfte zu neuen Konditionen die Rede gewesen.
15.1.2013	Das Bildungsministerium erhöht zum 19.1.2013 die Gehälter von Lehrern und Mitarbeitern wissenschaftlicher Institute um 10 % pro Stunde, die der Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaftler um 15 %.
16.1.2013	Uzdunrobot erklärt offiziell seine Zahlungsunfähigkeit. Die Firma war im September zur Zahlung von insgesamt ca. 600 Mio. US-Dollar wegen Steuerhinterziehung u. a. verurteilt worden.
17.1.2013	Auf dem Flughafen von Taschkent wird eine neue Abflughalle in Betrieb genommen.
18.1.2013	Während einer Kabinettsitzung gibt Präsident Karimow bekannt, dass das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung 2012 um 17,5 % gestiegen sei, die Minimallöhne um 26,5 %. 97 % der Familien leben nach den Worten des Präsidenten in eigenen Häusern, jede dritte Familie besitzt ein Auto.
19.1.2013	In einer im Fernsehen übertragenen zweistündigen Rede vor dem Ministerkabinet macht Präsident Islam Karimow externe Kräfte, deren Ziel Uneinigkeit in Zentralasien sei sowie das Erbe der Sowjetunion für Spannungen mit den Nachbarstaaten verantwortlich.
19.1.2013	Nach den Worten von Präsident Karimow während einer Sitzung des Kabinetts dauert die Registrierung eines Unternehmens in Usbekistan zwei Tage und entspricht damit besten internationalen Gepflogenheiten. Bei gleicher Gelegenheit erklärt der Präsident, dass 2012 in Usbekistan fast 1 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

19.1.2013	UzDaily.com meldet, dass mit Beginn des Jahres ein Rating-System zur Bewertung der Universitäten des Landes eingeführt wurde.
21.1.2013	OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier trifft zu einem dreitägigen Besuch in Taschkent ein. Gespräche mit Premierminister Schawkat Mirsijojew, Innenminister Bahodir Matljubow, Generalstaatsanwalt Raschid Kadirow und Vertretern des Außenministeriums, des Parlaments und der Zivilgesellschaft sind vorgesehen.
21.1.2013	GM Uzbekistan gibt bekannt, dass der Absatz seiner Autos in Russland 2012 um 5 % zurückgegangen ist.
21.1.2013	Das norwegische Helsinki-Komitee macht bekannt, dass der russische Menschenrechtler Witalij Ponomarjow am 12.1. mehrere von usbekischen IP-Adressen aus abgeschickte anonyme Mails erhalten hat, die ihn und seine Familienmitglieder mit dem Tod bedrohten. Das Komitee fordert russische und usbekische Behörden auf, Untersuchungen einzuleiten.
21.1.2013	Uznews.com meldet, dass der seit Anfang Dezember 2012 vermisste Menschenrechtler und Aktivist der Oppositionsbewegung Birdamlik, Walerij Nasarow, am 17.1. in desorientiertem Zustand vor seinem Haus aufgefunden wurde.
22.1.2013	Uznews.com berichtet, dass gegenwärtig in Taschkent zwischen den Stadtteilen rotierende zweistündige Energieabschaltungen stattfinden.
22.1.2013	Die EBRD erwartet laut Angaben von Uzdaily.com für Usbekistan 2013 ein Ansteigen des BIP um 7 %.
22.1.2013	Ein Gericht in Stockholm erlaubt der Staatsanwaltschaft, 1,8 Mio. schwedische Kronen (277 Mio. US-Dollar) auf den Konten der in Gibraltar registrierten Firma Takilant einzufrieren. Die auf den Namen einer Vertrauten von Präsidententochter Gulnara Karimowa registrierte Firma steht im Verdacht, 320 Mio. US-Dollar Bestechungsgelder für eine Usbekistan-Lizenz von der schwedischen Telekommunikationsfirma TeliaSonera bekommen zu haben.
25.1.2013	Elmira Basitchanowa wird auf einer Konferenz von Delegierten von landesweiten Frauenkomitees, des Parlaments, aus Ministerien und öffentlichen Organisationen zur Vorsitzenden des Frauenkomitees Usbekistans gewählt. Auf der Konferenz wird auch eine neue Satzung des Komitees sowie einen Aktionsplan verabschiedet. Präsident Karimow fordert in einer im Fernsehen übertragenden Rede eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Frauen in Usbekistan.
25.1.2013	Die Regierung ernennt Musaffar Hakimow zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Energiegesellschaft Uzbekenergo AG.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistenten: Alexander Wolters

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2013 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de